Interview mit der Studiobühne Würzburg Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 3. April 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

"Sozialstaat" - eine Lüge der Kapitalisten

400000 Arbeitslose ohne Unterstützung

„Mit der Unterstützung ist Schluß!" Das mußte sich Peter* nach einem Jahr Arbeitslosigkeit anhören. Peter ist der 20jährige Sohn der Familie Müller* in Dortmund. Sein Vater, schwer magenkrank, arbeitet auf der Zeche, seine Mutter arbeitet als Putzfrau. Sie haben nicht nur ihren Sohn Peter zu ernähren sondern auch seinen jüngeren Bruder. 3 Jahre hat Peter als Hilfsarbeiter bei Jucho gearbeitet. Jucho ging pleite, Peter wurde arbeitslos, 2 Jahre lang. Er hat sich um Arbeit bemüht, er war bei -zig Firmen, ist ständig zum Arbeitsamt gerannt, hat Annoncen aufgegeben, aber keine Arbeit bekommen. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wird sein Antrag auf Arbeitslosenhilfe abgelehnt. Seine Familie müsse für ihn aufkommen, sie würde genügend verdienen.

Seine Eltern bringen 1700 DM nach Hause, seine Oma, die mit ihnen zusammenlebt, erhält 600 DM. Damit liegt Familie Müller um 20 DM über dem Satz, um Arbeitslosenhilfe zu bekommen.

Ist dieser Fall der Familie Müller ein Einzelfall, eine Besonderheit in unserer Gesellschaft? Nein, das ist ein Fall von den 400000 Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung vom Arbeitsamt erhalten. Die Tatsache, daß 400000 Arbeitslose von der miserablen Sozialhilfe oder von dem Geld, das die Familienangehörigen aufbringen müssen, leben, ist das Ergebnis von über 2 Jahren verschärfter Arbeitslosigkeit in diesem vielgepriesenen „Sozialstaat", der nicht in der Lage ist, die Arbeitslosen zu versorgen.

Reinster Zynismus ist angesichts dieser Tatsachen die Behauptung von Bundeskanzler Schmidt, es ginge allen gut. Gut geht es der Kapitalistenklasse, während die Lage der Arbeiterklasse sich zunehmend verschlechtert. Genauso zynisch wird jetzt behauptet, daß ein großer Teil der 400000 aufgrund ihrer guten Vermögensverhältnisse keine Unterstützung bräuchte und ein großer Teil würde sogar freiwillig auf die Unterstützung verzichten. Was es heißt „zuviel" zu verdienen, und deshalb keine Arbeitslosenhilfe zu bekommen, das zeigt der Fall der Familie Müller sehr deutlich. 1700 DM für vier Personen und 600 DM Einkommen der Oma, das ist bereits „zuviel". Und welcher Arbeitslose kann es sich wohl leisten auf seine Unterstützung zu verzichten?

Vielleicht die arbeitslos gewordenen Kollegen, die schon mit ihrem Lohn ihre Familie kaum richtig versorgen konnten? Vielleicht die Kollegen, die bereits über ein Jahr arbeitslos sind und von ca. 68% ihres letzten Lohns leben mußten? Vielleicht die Kollegen, die durch Krankheit, Arbeitsunfälle so und so schon in dieser Gesellschaft schlechtergestellt sind? Nein, das kann sich kein Werktätiger leisten. Diese Behauptung ist eine unglaubliche Verhöhnung der Arbeitslosen. Und die über 200000 arbeitslosen Jugendlichen, die keinen Beruf erlernen können, bekommen nicht einen Pfennig.

In dieser Gesellschaft herrscht keine „Sozialstaatlichkeit", wie es besonders von der Regierung ständig hervorgehoben wird. Das ganze Gerede vom „System sozialer Sicherung" in unserer Gesellschaft ist eine Farce, ist Betrug um die wahren Verhältnisse zu verdecken. Nicht ohne Grund gibt es ständig hunderttausende Sozialhilfeempfänger, die als Menschen zweiter Klasse behandelt und hingestellt werden.

Dieser Staat hat nicht etwa die Aufgabe, soziale Verhältnisse zu schaffen, sondern seine Aufgabe ist es, die Werktätigen mit Gewalt als Ausbeutungsobjekte für die Kapitalistenklasse zu erhalten und sie sogar zusätzlich noch auszuplündern. Dazu hat der Staat Gesetze erlassen, dazu hat er die Polizei, die Armee und zum anderen die Steuern, die auf verschiedene Wege in die Tasche der Kapitalisten fließen und mit denen der Staatsapparat unterhalten wird. Besonders in der Krise erhalten die Werktätigen als Almosen gerade so viel, daß ihre Arbeitskraft für die Kapitalisten erhalten bleibt und ihnen zur Verfügung steht. Diese Krise ist ein Grundübel des Kapitalismus, sie hat alle kapitalistischen und auch die revisionistischen Länder ergriffen, sie ist zu einer ständigen Erscheinung geworden.

* Der Name ist von der Redaktion geändert.

Schmidt bei Opel-Arbeitern abgeblitzt



„5,4% = Lohnraub! Für Teuerungszulage, gegen Sonderschichten!" heißt es auf dem Transparent mitten unter 12000 Opel-Arbeitern. Bericht Seite 5.

Ford droht Moskaus kubanischen Söldnern

Supermächte - raus aus Afrika

In mehreren Reden haben US-Präsident Ford und sein Außenminister Kissinger direkte Vergeltungsmaßnahmen angekündigt, fall kubanische Truppen, die jetzt in Angola zu Tausenden stehen, auch in anderen Teilen Afrikas oder Lateinamerikas eingreifen sollten. Es sind Drohungen, die sich gegen die Versuche des russischen Sozialimperialismus richten, mit Hilfe kubanischer Truppen dem US-Imperialismus die Vorherrschaft in verschiedenen afrikanischen Ländern abzujagen und die Nachfolge bei der Unterdrückung und Ausplünderung der afrikanischen Völker anzutreten.

Kissinger erklärte dazu: „Wir können nicht unbegrenzt der Anwesenheit eines kubanischen Expeditionskorps in fernen Ländern zustimmen, das Druck ausübt und die politische Entwicklung mit Waffengewalt bestimmem will. Wir haben bereits einmal diese Warnung ausgesprochen und ich wiederhole sie heute: die Vereinigten Staaten werden ein weiteres Eingreifen Kubas im Ausland nicht dulden..." Bei einem Treffen mit 22 Senatoren hatte kurz darauf US-Chef Ford selbst betont: er sei zu einer „direkten Aktion gegen Kuba bereit". Ein Sprecher des US-Kriegsministeriums bestätigte dazu, daß die Möglichkeit einer militärischen Aktion gegen Kuba geprüft werde.

Zweifellos sind das keine leeren Drohungen des US-Imperialismus. Nur vordergründig geht es hier um die Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. Dahinter steht vielmehr die Konfrontation mit dem russischen Sozialimperialismus, der Kampf zwischen den beiden imperialistischen Supermächten um Vorherrschaft in Afrika und aller Welt. Denn die kubanischen Truppen in Angola sind nichts anderes als ein Vorposten der Neuen Zaren im Kreml. Kuba, das die russischen Sozialimperialisten in ihre Zuckerrohr-Kolonie verwandelt haben, steht seit Jahren unter dem Oberbefehl Moskaus. Die kubanischen Truppen in Angola sind ebensowenig Befreiungstruppen wie die Warschauer-Pakt-Truppen es bei ihrem Einmarsch in die Tschechoslowakei gewesen sind. Sie alle stehen ausnahmslos unter dem Oberbefehl der militaristischen Generalität im Kreml. Die angeblich „internationalistischen Missionen", die die russischen Sozialimperialisten mit den Castro-Truppen in Afrika zu erfüllen vorgeben, sind dasselbe wie das amerikanische Geschrei von der „Verteidigung der Freiheit": Es sind Versuche einer Supermacht, ihre konterrevolutionären Aggressions- und Expansionspläne zu tarnen. Weder die eine noch die andere Supermacht vertritt die Interessen der afrikanischen Völker oder irgendeines anderen Volkes. Warum haben denn die russischen Sozialimperialisten, die so laut ihren „Internationalismus" preisen, das angolanische Volk nicht gerade da in seinem Kampf unterstützt, als es in seinem schweren und opferreichen Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus stand? Warum erschienen sie plötzlich danach mit ihren Panzern und ihren Mig's, zu einem Zeitpunkt,

Fortsetzung auf Seite 2, 1. Spalte

Palästina: Kampf gegen die Zionisten

Bonn finanziert die Vertreibung der Araber

Die prominenten westdeutschen Politiker und Monopolkapitalisten geben sich zur Zeit bei den israelischen Zionisten die Tür in die Hand. Ganz gleich, ob es sich um Mildred Scheel, eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion, DGB-Chef Vetter, Bundesfinanzminister Apel oder eine Delegation des westdeutschen Monopolkapitals unter Leitung des Thyssen-Chefs Sohl handelt — die Sympathien für die israelischen Zionisten und ihr verbrecherisches Regime kennen keine Grenzen.

In den offiziellen Reden und den Verlautbarungen über diese Besuche, da wird viel von der „Menschlichkeit", der „Versöhnung und Wiedergutmachung", der „besonderen Pflicht der Deutschen gegenüber den Juden", „dem Lebensrecht des israelischen Staates" usw. usf. gesprochen. Den ganzen Zynismus und die Heuchelei, die hinter diesen Worten stecken, zeigt der Besuch der von Sohl geleiteten Delegation des westdeutschen Monopolkapitals in Israel. Für die Kapitalisten von Rhein und Ruhr und insbesondere für Thyssen, einen der ersten Geldgeber Hitlers, einen der Konzerne, die aus der Zwangsarbeit der in den KZs eingekerkerten Juden Riesenprofite herauspressten und hunderttausende von ihnen auf dem Gewissen haben, geht es heute genausowenig wie damals um die „Menschlichkeit", sondern um Profite. **Und heute profitieren sie davon, daß die israelischen Zionisten das palästinensische Volk aus seiner Heimat vertreiben und sich seine Reichtümer aneignen, profitieren sie von den Aggressionskriegen der israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker, der Okkupation riesiger Landstriche usw. usf.**

Fortsetzung auf Seite 11, 1. Spalte

AUS DEM INHALT

D„K"P-Parteitag — Diener zweier Herren ... 2
Ungarische Revisionisten: „Wer krank ist, ist arbeitsscheu." ... 3
DDR: Giftschwaden im Betrieb ... 3
Metalltarifrunde NRW — Betriebszellen berichten ... 4
Schmidt bei Opel abgeblitzt ... 5
Menschen 2. Klasse — Behinderte in der Bundesrepublik ... 6
Günter Routhier: Lügengebäude über natürlichen Tod zusammengebrochen 7
Baden-Württemberg: Neues Polizeigesetz ... 7
Kampf gegen KKW's: „So wie die Wyhler es gemacht haben!" ... 8
Parteitag der KP/ML Argentiniens ... 10
Gerechter Kampf für 200-Meilen-Zone 10

Supermächte raus aus Afrika

Fortsetzung von Seite 1

als das angolanische Volk seine Unabhängigkeit vom portugiesischen Kolonialismus erkämpft hatte? Und die US-Imperialisten? Sie waren jahrelang die Hauptstütze und der eigentliche Finanzier des portugiesischen Kolonialismus in Afrika, sie und ihre Monopole haben vor allem durch diese Kolonialherrschaft profitiert. Sie sollen plötzlich die „besten Freunde" des angolanischen Volkes geworden sein, Verteidiger seiner Freiheit?

Tatsache vielmehr ist, daß die eine wie die andere Supermacht Ziele gegen diese Völker verfolgt. Sie wollen die Lage, die durch den Sieg des angolanischen Volkes über den portugiesischen Kolonialismus entstanden ist, ausnutzen um direkt ihre eigene Vorherrschaft, ihren eigenen Kolonialismus zu errichten, wobei US-Imperialismus und russischer Sozialimperialismus erbittert darum miteinander ringen, wer von beiden diesen Bissen erhalten soll. **Aus dem gleichen Grund heraus wird jetzt in Washington wie in Moskau so aufgeregt über Namibia, Azania sowie über Zimbabwe gezetert. Auch in diesen Ländern erringt das Volk gegen die rassistischen Regime, die die Interessen des Imperialismus, vor allem des US-Imperialismus und des britischen Imperialismus, vertreten, immer größere Erfolge. Und auch hier drohen die russischen Sozialimperialisten unter dem Vorwand der „Hilfe" einzudringen, um schließlich die Vorherrschaft der Kremlzaren zu errichten, wie sie in Angola bereits im Begriff sind es zu tun. Die US-Imperialisten, die um ihre Vorherrschaft bangen, drohen offen, daß sie freiwillig ihr Einflußgebiet keineswegs preisgeben wollen.**

Ging es in Angola um Rohstoffe wie Eisen, Kupfer, Erdöl und Diamanten sowie um tropische Kulturen, so gilt das für Namibia, Azania und Zimbabwe genauso. Ein Beispiel aus Namibia verdeutlicht das. Dort befinden sich die Reichtümer des Landes in den Händen von 44 ausländischen Gesellschaften, amerikanischen, britischen, westdeutschen usw. Der größte Konzern in diesem Land, die „Konsolidated Dajmond Majens of South West Afrika", eine Filiale der mächtigen Gesellschaft „Anglo-amerikan Korporation", scheffelt dort jährlich einen Profit von 70 Millionen Dollar. Ihre Anteile umfassen 33000 qkm bzw. 1/3 des Landes. 1973 erklärte der Vizepräsident der Gesellschaft „Newmong Maining Korporation" der „New York Times", die ausländischen Firmen, die in Namibia tätig sind, würden jährlich 27% Profit aus den angelegten Kapitalien herausschlagen. Dollars, an denen das Blut der unterdrückten und versklavten Völker klebt.

Darüber hinaus aber besitzen all diese Länder außerordentliche strategische Bedeutung. Bei Angola handelt es sich um einen Knotenpunkt in Afrika sowohl hinsichtlich der anderen Länder als auch der Seewege an den südlichen Küsten des atlantischen Ozeans. Zimbabwe besitzt nicht minder im Herzen des südlichen Kontinentteils wichtige Bedeutung. Namibia und Azania aber sind wie Angola wichtige Kontrollpunkte für die Seefahrt, die die Meeresstraße am Kap der Guten Hoffnung durchkreuzt. Insbesondere haben die Häfen dieser Länder eine gewaltige Bedeutung für die Kriegsflotten der Supermächte, die ja beide auch danach streben, die Meere zu beherrschen.

Gewiß, Gromyko, der Außenminister im Kreml gab sich bei seinem jüngsten Besuch in London, wo er über die Lage in Rhodesien sprach, völlig unwissend. Scheinheilig erklärte er, daß Berichte über die Einmischung der Sowjetunion in Rhodesien „Märchen" seien. Rhodesien und Namibia seien für die Sowjetunion „lediglich Namen auf der Landkarte". Aber wie verträgt sich das damit, wenn Gromyko zugleich in London erklärt, daß die „Frage Angolas und der umliegenden Territorien konstruktiv gelöst" werden könne. Oder wenn er von „sehr spezifischen und konkreten Gesprächen mit den britischen Führern" in Bezug auf Rhodesien spricht und andeutet, daß eine Einigung möglich sei? Wieso verhandelt man in London „konstruktive Lösungen" und „Einigungen" über Länder in Afrika, die für einen angeblich „lediglich Namen auf der Landkarte" sind? Die russischen Sozialimperialisten sind durch und durch verlogen. Es ist bezeichnend für ihre imperialistischen Vorhaben, daß sie ihre Pläne vor den Völkern der Welt verleugnen.

Beide Supermächte verfolgen in Afrika ihre imperialistischen Supermachtinteressen, die eine wie die andere. Immer wieder versuchen sie auch dort vorzugeben, die Völker müßten sich zwischen zwei Alternativen entscheiden: entweder sich dem „Schutz" des US-Imperialismus gegen den russischen Sozialimperialismus zu unterstellen oder sich dem russischen Sozialimperialismus zu unterwerfen, um gegen den US-Imperialismus geschützt zu sein. Für die Völker Afrikas, die um ihre wahre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen, bedeutet jedoch das eine wie das andere Versklavung und Ausplünderung. Ihr Weg, der sie allein zum Ziel führt, ist der des Kampfes gegen die eine wie die andere Supermacht, sowie gegen jeglichen Imperialismus.

Die Drohungen Kissingers und Fords, militärisch gegen Kuba vorzugehen, zeigen, wie sich auch auf dem afrikanischen Kontinent die Rivalität zwischen den beiden Supermächten verschärft hat. Genosse Enver Hoxha hat dazu festgestellt: **„Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion sind aggressive imperialistische Mächte. Sie teilen die Welt in Einflußbereiche auf und sind dabei, auch die Absatzmärkte unter sich aufzuteilen und zu erobern. Ihr Endziel ist, die ganze Welt, alle Völker und Staaten zu beherrschen. Daraus entstehen unversöhnliche Widersprüche zwischen ihnen, die zu einem neuen großen Weltkrieg führen können."**

Die Entwicklung in Angola, wo die US-Imperialisten sich zurückziehen mußten, hat gezeigt, daß diese Supermacht, die in den letzten Jahren von den Völkern der Welt Schlag auf Schlag erhalten hat, als „Weltmacht" ihren Zenit bereits überschritten hat. Die Entwicklung hat auch gezeigt, daß die russischen Sozialimperialisten immer erbitterter den Kampf führen, um den US-Imperialismus vom Platz der „Weltmacht Nr. 1" zu verdrängen. Dabei ist er gerade deshalb besonders gefährlich, da er seine Aggression und Expansion mit sozialistischen Phrasen als „Dienst an den Völkern", als „internationalistische Hilfe" tarnt. Ist der US-Imperialismus durch seine blutrünstigen Aggressionen als Feind der Völker durchschaut, so macht es gerade das Gewand der „sozialistischen Macht", in dem der russische Sozialimperialismus auftritt, den Völkern schwieriger, seine wahren Absichten zu durchschauen. Kissingers und Fords Drohungen aber sind ein erneuter Beweis dafür, daß der Imperialismus auch gegenüber seinen Konkurrenten keineswegs friedlich seine Machtpositionen preisgibt, sondern daß die Rivalität der Imperialisten untereinander notwendigerweise zum imperialistischen Krieg zwischen ihnen führt. Dieser drohende imperialistische Weltkrieg kann nur verhindert werden, wenn die Völker der Welt zusammenstehen in einer Front gegen die eine wie die andere Supermacht. Eine entscheidende Sache dabei jedoch ist, daß die Völker Afrikas wie auch die Völker Europas in ihrem Kampf immer besser erkennen, daß die eine wie die andere Supermacht, daß jeglicher Imperialismus ein geschworener Feind der Völker ist und geschlagen werden muß.

Parteitag der D'K'P-Revisionisten

Schwierigkeiten, zwei Herren zu dienen

Auch in diesem Jahr versuchten die modernen Revisionisten der D„K"P auf ihrem Parteitag in Bonn wieder mit Friedens- und Entspannungsparolen, Demokratisierungslosungen und, in die Parole des „proletarischen Internationalismus" verpackt, mit Ergebenheitsadressen an die russischen Sozialimperialisten, die Werktätigen in unserem Land angesichts der von den beiden Supermächten ausgehenden wachsenden Kriegsgefahr, der Faschisierung und der zunehmenden Verelendung der breiten Massen, zu entwaffnen und den Ausweg aus Krise, Faschismus und Krieg, die proletarische Revolution zu bekämpfen. Sie sahen sich in diesem Jahr allerdings auch gezwungen, radikale Töne anzuschlagen, häufig Marx, Engels und Lenin im Munde zu führen, um angesichts des gewachsenen Einflusses des Marxismus-Leninismus, ihre kommunistische Tarnfarbe nicht allzu dünn werden zu lassen.

Über ein Thema hätten sie aber am liebsten gar nicht reden wollen. Nämlich über die Streitigkeiten, die zwischen den verschiedenen revisionistischen Parteien ausgebrochen sind. Stattdessen wurden sie nicht müde, die „Geschlossenheit ihrer Reihen" zu preisen. Aber verschiedene, an den Parteitag gestellte Anträge zeigen ganz klar, daß es mit der Geschlossenheit doch nicht so weit her ist. Auch in der D„K"P nehmen die Zwistigkeiten zu. So gelang es der revisionistischen Führungsclique auch nur durch massiven Druck, eine Diskussion über die offen sozialdemokratischen Programme ihrer revisionistischen Brüder aus Frankreich und Italien zu verhindern.

„Die Aufgabe unserer Partei kann vorrangig nicht darin bestehen, unterschiedliche Einschätzungen dieser oder jener politischen Frage durch Bruderparteien zum Gegenstand der Forschungs- und Bildungsarbeit zu machen", wird ein Antrag aus Bremen abgeschmettert. Es ist natürlich klar, daß es sich nicht um „diese oder jene" Frage handelt, sondern darum, daß die französischen und italienischen Revisionisten öffentlich erklärt haben, daß sie nicht bereit sind nach dem Taktstock Moskaus zu tanzen und daß sie darüber hinaus, wie gerade Marchais auf dem Parteitag der französischen revisionistischen Partei, öffentlich der Diktatur des Proletariats abgeschworen haben und ihr Programm auch äußerlich immer mehr dem einer sozialdemokratischen Partei ähnelt.

Die Führungsclique der revisionistischen D„K"P hat allerdings allen Grund, eine öffentliche Diskussion dieser Fragen zu scheuen. Es ist doch allgemein bekannt, daß gerade die modernen Revisionisten der D„K"P zu den ergebensten Lakaien der Neuen Zaren im Kreml gehören. Im Dienst einer ausländischen Macht zu stehen, einer imperialistischen Supermacht dazu, die einen Teil unseres Landes besetzt hält und die Werktätigen unterdrückt — es ist ganz klar, daß die D„K"P-Revisionisten mit allen Kräften diese Tatsache zu vertuschen versuchen. Mies und seine Kumpane haben deshalb keine Gelegenheit ungenutzt gelassen zu beteuern: „Wir sind niemandem hörig!" Sie haben keine Gelegenheit ungenutzt gelassen, zu versichern, daß die D„K"P eine „Partei der Bundesrepublik" sei usw. usf. **Wenn das aber wirklich so wäre, warum dann die Angst und der Versuch, jede offene Diskussion in ihren eigenen Reihen zu unterdrücken?**

Das Dilemma, in dem die modernen Revisionisten stecken, können sie nicht lösen. Die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen revisionistischen Cliquen sind unvermeidbar, denn sie haben den Marxismus-Leninismus verraten und sind zu bürgerlichen Parteien entartet, sie haben sich nicht nur an die Bourgeoisie ihrer eigenen Länder verkauft, sondern auch an den russischen Sozialimperialismus. Nicht umsonst heißt es aber, daß niemand auf die Dauer der Diener zweier Herren sein kann.

Und noch ein anderes Dilemma zeigte sich in den Anträgen, die an den Parteitag der revisionistischen D„K"P gestellt worden sind. Immer wieder wird der Parteivorstand aufgefordert, Hilfen, Material und Argumente für die Propagierung der Errungenschaften der Sowjetunion und der anderen Länder des Warschauer Pakts zu geben. Das ist kein Wunder. Es ist natürlich nicht leicht, Mauer und Stacheldraht als „realen Sozialismus" zu verkaufen. Es ist auch nicht leicht, die faschistische politische Unterdrückung in der Sowjetunion, von der alle Welt spricht, als „Arbeiter- und Bauernmacht" an den Mann zu bringen.

Wie soll man den Überfall der russischen Sozialimperialisten auf die Tschechoslowakei, die Verwicklungen in Ägypten, den Einsatz der kubanischen Söldner in Angola, die Unterstützung der faschistischen Gandhi-Clique in Indien durch Moskau — kurz die imperialistische Aggression und Expansion einer Supermacht, die nach der Weltherrschaft strebt — als „proletarischen Internationalismus" herausstreichen? Wie die Ausplünderung der DDR, Polens, Ungarns und der anderen Länder als „brüderliche Hilfe" preisen? Und wie soll man den westdeutschen Arbeitern klarmachen, daß ein Leben in Saus und Braus wie es die neue Bourgeoisie in der DDR führt, während die Werktätigen nach Lebensmitteln Schlange stehen müssen, etwas ganz anderes ist, als die kapitalistische Ausbeutung in unserem Land?

Auf die Dauer können die Tatsachen weder durch Lügen noch durch radikale Worte vertuscht werden. Es ist daher auch nichts als Demagogie, wenn ausgerechnet Mies auf dem Parteitag in deutlicher Anspielung auf die italienischen und französischen Revisionisten verkündet, daß die D„K"P niemals „für den ‚Lohn bürgerlicher Salonfähigkeit' auch nur einen Fußbreit abweicht von den Lehren von Marx, Engels und Lenin..." Mies hat es gerade nötig, die italienischen und französischen Revisionisten, auch wenn er sie nicht beim Namen nennt, anzuklagen. Die D„K"P-Revisionisten haben doch von der Gründung ihrer Verratspartei an den „friedlichen Weg zum Sozialismus" auf ihre Fahnen geschrieben und von der „Diktatur des Proletariats" reden sie ebenfalls nicht mehr. Ihr Verrat an der Revolution, am Kampf für den Sozialismus, die Befreiung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes von Ausbeutung und Unterdrückung, ist genauso schändlich wie der von Marchais oder Berlinguer. Sie unterscheiden sich von diesen nur dadurch, daß sie sich außerdem mit Haut und Haaren an die russischen Sozialimperialisten verkauft haben.

Auch wenn sie noch so viel von Marx, Engels und Lenin, vom Kampf für eine sozialistische Bundesrepublik reden, der Sozialismus, der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die gewaltsame sozialistische Revolution ist nur im kompromißlosen Kampf gegen die modernen Revisionisten der D„K"P zu erringen.

Kurz berichtet

DÜSSELDORF

„Rebellion" heißt die neue Zeitung der ROTEN GARDE bei Mannesmann in Düsseldorf. Die ROTE GARDE arbeitete bereits seit einiger Zeit in diesem Betrieb und hatte auch schon verschiedene Flugblätter herausgebracht.

REBELLION!

KIEL

Die ROTE GARDE in Kiel-West hat ihre Zeitung, mit der sie jetzt in die Kämpfe der Jugendlichen eingreift, „Dem Morgenrot entgegen" genannt. Die erste Nummer der Zeitung stellt die ROTE GARDE vor und beschäftigt sich mit der Situation in einem Jugendheim in Kiel-West.



DARMSTADT

Rund 90 Freunde und Genossen, darunter viele vom KBW, KABD und der GRF, kamen am 19. 3. zur Veranstaltung der Partei zum Thema „Sozialimperialismus und Kriegsgefahr". Die an das Referat eines Parteigenossen anschließende Diskussion verlief in einer Atmosphäre harter, aber sachlicher Auseinandersetzung. Nach dem offiziellen Schluß der Veranstaltung wurde im Saal noch lange weiterdiskutiert. Eine Geldsammlung während der Veranstaltung ergab 150 DM für die Unterstützung der FRAP.

NÜRNBERG

Zum Abschluß der ROTEN-MORGEN-Kampagne fand in Nürnberg eine Veranstaltung zum ROTEN MORGEN statt. Es waren ca. 40 Freunde und Genossen anwesend. Der neugegründete AP-Trupp unterstützte die Veranstaltung durch revolutionäre Lieder der Arbeiterbewegung. Zum Abschluß der Veranstaltung, die bei allen Besuchern großen Anklang fand, wurden 120 DM zur Unterstützung des ROTEN MORGEN gesammelt.

RECKLINGHAUSEN

In Recklinghausen fand kürzlich eine Veranstaltung anläßlich des Prozesses gegen Ulrich Grober statt. Vor der Veranstaltung holten die Genossen Ulrich aus dem Gefängnis ab, in dem er zwei Tage „Ordnungsstrafe" verbracht hatte. Die Veranstaltung verlief in einer sehr kämpferischen Atmosphäre.

MÜNCHEN

In München fand am 26. 3. 76 eine Veranstaltung zum ROTEN MORGEN statt. 65 Freunde und Genossen waren gekommen. Die RHD verlas eine Grußadresse, in der sie der Partei ihre Solidarität für die im Mai angesetzten Prozesse gegen den ROTEN MORGEN aussprach. Zwei Genossen wurden auf der Veranstaltung wegen ihres Einsatzes für den neuen Buchladen „Roter Morgen" in München ausgezeichnet. Die ROTE GARDE München erhielt eine Auszeichnung, weil sie ein Transparent mit der Abbildung des Kopfes des ROTEN MORGEN angefertigt hatte. Großen Beifall fand auch ein Stück des Münchner AP-Trupps zum Thema bürgerliche und kommunistische Presse. Der Erlös einer Versteigerung und eine Spendensammlung erbrachten zusammen 210 DM zur Unterstützung des ROTEN MORGEN.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkont Dortmund Nr. 417 06—466. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,-- DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Ungarische Revisionisten

"Wer krank ist, ist arbeitsscheu"

Mit der Wiedereinführung des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus in Ungarn haben sich für die Werktätigen die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechtert. Da der Profit das wichtigste Kriterium für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe geworden ist, führen die Betriebsmanager, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre einen Rationalisierungsplan nach dem anderen durch. Die Regierung schrieb sogar einen Wettbewerb aus, um Rationalisierungspläne zu fördern, die hohe Gewinne für die neue Bourgeoisie Ungarns sichern. Einer dieser Pläne soll nun auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter die Profite steigern.

All diese Rationalisierungspläne laufen unter dem Motto: „Die Arbeitsproduktivität muß überall erhöht werden." Die Orientierungsdaten richten die revisionistischen Manager dabei ganz offen nach den Ergebnissen in westlichen kapitalistischen Ländern aus. So verglich kürzlich der Minister für Schwerindustrie in Ungarn, Horvath, in der revisionistischen Parteizeitung „Nepszabadsag" die Effektivität der ungarischen Industrie mit der Effektivität der westlichen großen Chemiekonzerne. Danach erzeugt ein westlicher Chemiekonzern im Durchschnitt pro Beschäftigten 100000 Dollar Umsatz im Jahr, bei den ungarischen Chemiebetrieben aber läge der Durchschnitt bei 24000 Dollar. **Horvath wies im weiteren darauf hin, daß der entscheidende Hebel, um diesen Rückstand aufzuholen, der „bessere Einsatz von menschlicher Arbeitskraft" sei, was bei den westlichen wie bei den ungarischen Chemiemonopolen gleichbedeutend ist mit der verstärkten Ausbeutung der Werktätigen.**

Dieser Rationalisierungsterror richtet an der Gesundheit der Werktätigen schweren Schaden an. Die Sicherheit am Arbeitsplatz zählt für die neue Bourgeoisie nichts mehr. Allein die Frage, wieviel Werte in Dollar aus einem Arbeiter herauszuholen sind, ist von Interesse. So ist es kein Wunder, daß die Berufskrankheiten stark ansteigen und immer mehr Arbeiter aus Krankheitsgründen für die Produktion ausfallen.

Nach offiziellen ungarischen Angaben erhöhte sich bis zum Jahr 1970 der Krankenstand jährlich um lediglich 0,1%. Seit 1970 aber erhöhte sich der Krankenstand alljährlich um 0,4%. **Im Jahre 1975 blieben im Durchschnitt 250000 Arbeiter täglich der Arbeit wegen Krankheit fern. Dagegen waren es im Jahre 1970 214000 und im Jahre 1960 waren es sogar nur die Hälfte der Arbeiter von 1975, nämlich 134000. Dieser enorme Anstieg des Krankenstandes der ungarischen Arbeiter zeigt deutlich, welche gesundheitsschädigende Wirkung das wieder eingeführte kapitalistische System im Leben der Arbeiter verursachte.**

Wie jeder Kapitalist, so leugnen natürlich auch die ungarischen die wahren Ursachen für die rasche Zunahme der Ausfalltage in der Produktion durch Krankheit. Auch die ungarische neue Bourgeoisie verbreitet die Lüge über die "faulen und arbeitsscheuen" Arbeiter. Wie die Revisionistenzeitung „Nepszabadsag" klipp und klar schreibt: „Es gibt mehr Krankengeldempfänger als Kranke".

In diesem Sinne nun ließ die neue Bourgeoisie in Ungarn ihre Regierung aktiv werden. Kürzlich genehmigte der Ministerrat einen vom Gesundheits- und Arbeitsministerium und von den Gewerkschaften ausgearbeiteten Plan „für die Verbesserung der Disziplin im Krankenstand". Die geplanten Maßnahmen treten ab 1. Januar 1977 in Kraft. Laut diesem Plan sollen bei kranken Arbeitern Kontrollen eingeführt werden. Eigens für diese Aufgabe werden Krankenschwestern eingestellt, bzw. müssen Krankenschwestern neben ihrer bisherigen Arbeit Krankenkontrollen durchführen. Es ist geradezu bezeichnend für den volksfeindlichen Charakter des ungarischen Revisionistenregimes, daß für solche Kontrollaufgaben genug Ärzte und genug Geld zur Verfügung stehen, obwohl die ärztliche Versorgung für die Bevölkerung selbst, insbesondere auf dem Lande, verheerend ist.

Doch damit nicht genug. Die Unterdrückung der Arbeiter soll noch durch folgende Maßnahme verschärft werden: In Zukunft wird für die Ausfälle bei Krankheit bis zu drei Tagen nicht mehr der Staat, sondern der jeweilige Betrieb aufkommen. Das Revisionistenblatt „Nepszabadsag" begründet dies ganz offen damit. „...daß die Arbeitsanwender (gemeint sind die Leiter der Staatsmonopole, die zur neuen Bourgeoisie gehören) auch materiell an der Stärkung der Disziplin in Bezug auf die Krankenscheine interessiert seien." Konkret bedeutet das: **Wenn mehrere Arbeiter krank sind, muß der Betrieb für einen Teil des Krankengeldes aufkommen. Dies belastet seine Bilanz, seinen Gewinn. Da aber die Manager, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre durch Prämien usw. direkt am Gewinn des Betriebes beteiligt sind, werden sie natürlich alles daran setzen, um auf jede Weise die Krankmeldungen zu senken. Für sie heißt es: Weniger Krankmeldungen, bessere Bilanz, höhere Gehälter. Eben das ist ihr „materielles", wie „Nepszabadsag" schreibt, ihr durch und durch kapitalistisches Interesse. So sollen die Arbeiter trotz Krankheit gezwungen werden, zur Arbeit zu gehen — nicht anders als bei uns, wo der Krankenstand durch Entlassungsdrohungen usw. niedergehalten wird. Krank aber letztlich werden die Arbeiter gerade durch das immer stärker erhöhte Arbeitstempo, das Umsatz und Profit der neuen ungarischen Bourgeoisie steigern soll.** „Der Profit geht über Leichen" — diese alte Erfahrung der Arbeiterklasse gilt heute ebenso wie in den westlichen kapitalistischen Ländern auch in in Ungarn und in den anderen revisionistischen Ländern.

Geradezu unverschämt aber sind die Verlogenheit und der Zynismus, mit denen die gekauften Schreiberlinge der neuen Bourgeoisie in Ungarn diese Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse rechtfertigen wollen. In ihrer Skrupellosigkeit bezeichnen sie diese Maßnahmen zur weiteren Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter sogar noch als Maßnahmen, die „den Sozialismus und die Herrschaft der Arbeiterklasse" in Ungarn stärken würden. So schreibt die Zeitung „Nepszabadsag": „...daß überhaupt nicht von der Rücknahme gesellschaftlicher Errungenschaften die Rede sein kann, im Gegenteil, der Erhalt dieser Errungenschaft, nämlich die Stärkung der Ehre der Arbeit ist das Ziel". Es ist also auch noch eine „Ehre", daß die ungarischen Arbeiter sich krank zur Arbeit schleppen „dürfen", um für die neue Bourgeoisie in Ungarn wie für die Oberherren in Moskau höhere Profite zu erschuften! Es ist der typische Zynismus einer faschistischen Diktatur, wie es nicht anders unter Hitler üblich war. Die lauten Beteuerungen von „Nepszabadsag", daß es sich keinesfalls um die „Rücknahme gesellschaftlicher Errungenschaften" bei den neuen Maßnahmen handele, zeigen aber auch etwas anderes sehr deutlich: daß offensichtlich viele Menschen in Ungarn die erwähnten Maßnahmen im richtigen Licht sehen, als Maßnahmen einer neuen Ausbeuterordnung, die gestürzt werden muß, um die Arbeit wieder zu einer wirklichen Ehre in einem Staat unter der Herrschaft der Arbeiterklasse zu machen.

— Anzeige —
ROTFRONT-VERLAG KIEL
RADIO TIRANA
Abonniert RADIO TIRANA Ausgewählte Sendungen
1/4 Jahr — 12 DM
1/2 Jahr — 24 DM
1 Jahr — 48 DM
Bestellungen an:
ROTFRONT-VERLAG
Postfach 3746
23 Kiel 1

Jagdresidenz der neuen Herren

Ich möchte kurz berichten, was Verwandte von mir in der DDR über das Herrenleben der neuen Bourgeoisie in der DDR schilderten.

In Mecklenburg, in der Nähe von Waren am Ostufer der Müritz gibt es ein großes Naturschutzgebiet. Dort stehen herrliche alte Wälder, in denen es viel Wild gibt. In einem ausgedehnten Auengürtel brüten noch die letzten Seeadler und Kraniche in Deutschland.

Bis vor einigen Jahren konnte man unter Leitung der Naturschutzbeauftragten durch dieses Gebiet streifen. In einem alten Bauernhaus am Rande des Naturschutzgebietes entstand ein Museum, in dem die Funde und Beobachtungen aus diesem Gebiet zusammengetragen wurden.

Das aber hat sich seit einigen Jahren geändert. Gerade in diesem Gebiet wurde eine Jagdresidenz für Stoph und Konsorten errichtet. Die Zufahrtswege wurden gesperrt, niemandem — nicht einmal dem Naturschutzbeauftragten — ist hier noch der Zutritt gestattet. Das alte Bauernhaus mit dem Museum wurde abgerissen und der freie Platz zu einem Hubschrauberlandeplatz gemacht. Von dort wurde eine Stichstraße zur Stoph-Villa gebaut. Damit Stoph und seine Kumpane mit ihren Yachten ungehindert das freie Wasser des Müritz-Sees erreichen können, wurde ein kleiner Graben zu einem Kanal ausgebaggert. Das führt dazu, daß der Auen- und Schilfgürtel etnwässert wird, so daß die Lebensmöglichkeiten der Kraniche und anderer seltener Tier- und Pflanzenarten eingeschränkt werden.

So werden für das Vergnügen und die Bequemlichkeit der Oberbonzen der neuen Bourgeoisie in der DDR keine Mittel gescheut, während die Werktätigen in den Betrieben schuften müssen, um ihnen den Profit zu schaffen.

7 Jahre auf der Warteliste

Wie sehr preist die Honecker-Clique stets die billigen Wohnungen. Aber wehe, man sieht hinter die Kulissen der „Prachtstraßen". Ein junges Ehepaar in Berlin wohnt in einem feuchten, dunklen Loch: Hinterhof, von der Sonne sehen sie kaum etwas. Ihr kleines Kind leidet dadurch an Bronchitis. Vier Jahre warten sie nun schon auf eine Neubauwohnung, die ja angeblich in Hülle und Fülle entstehen.

Sie hätten immer noch keine bekommen, wenn sie nicht die Fürsorge geholt hätten, die sich das Loch ansah. Da wurden sie „Dringlichkeitsfall". Um aber überhaupt Aussichten auf eine neue Wohnung zu bekommen, mußten sie ca. 3200 Mark bezahlen. Davon etwa 2600 in bar, den Rest in „freiwilligen" Arbeitsstunden. Alles zum „Aufbau des Sozialismus" versteht sich.

Ein Kollege wartet schon 7 Jahre. Als er zum ersten Mal Anwärter war, bekam ein höhergestellter Herr die Wohnung. Die Neubauten schießen wie Pilze aus dem Boden, zumeist kleine enge Wohnräume. Die alten Stadtviertel werden völlig vernachlässigt. Da stehen abbruchreife Häuser, manchmal die Fenster mit Brettern vernagelt, aber da wohnen noch Menschen drin. Keine Farbe, alles grau in grau und nachts spärlich beleuchtet. Kommt man dagegen in die „Prachtstraßen", da gibt es Farbe, da steht alle paar Meter eine Straßenlampe. In den Außenbezirken sieht man sogar schöne Häuser mit Garagen und manchmal sogar mit Swimmingpool. Aber wer wohnt denn da? Die Arbeiterklasse nicht, sondern diejenigen, die auf deren Kosten leben.

Politische Witze aus der DDR: Bettenproduktion eingestellt

Je stärker ein Volk unter faschistischer Unterdrückung zu leiden hat, desto stärker sind auch politische Witze verbreitet. Dies hat sich schon während der Zeit des Hitlerfaschismus gezeigt, wo viele Witze gegen die Nazis kursierten. Heute kann man diese Erfahrung auch in der DDR machen, wo viele politische Witze dazu beitragen, die revisionistische Honecker-Clique und ihre Oberherren in Moskau zu demaskieren. Auch diese Witze sind eine — wenn auch passive — Form des Widerstandes der Werktätigen gegen die sozialfaschistische Diktatur, die den Unwillen der Werktätigen gegen die Unterdrückung zum Ausdruck bringt und stärkt.

Wir geben im folgenden einige solcher Witze aus der DDR wieder.

Warum wird die Bettenproduktion in der DDR eingestellt? Die Politiker sind stets auf Reisen und schlafen im Ausland, die Intelligenz ruht sich auf ihren Lorbeeren aus, die Gammler schlafen unter den Brücken und die Arbeiter arbeiten Tag und Nacht. Wozu also Betten?

* * * * *

In einem Betrieb herrscht eine große Mäuseplage. Der Betriebsleiter verspricht demjenigen, der mit den Mäusen aufräumt, die Erfüllung eines Wunsches. Daraufhin meldet sich ein Kollege, der die Mäuse beseitigen will. Großes Staunen: Er holt nur eine Maus zum Aufziehen aus der Tasche und läßt sie laufen. Nach kurzer Zeit ist der Betrieb von allen Mäusen befreit, weil alle Tiere der Aufziehmaus folgen. Jetzt darf der Kollege seinen Wunsch äußern. Er sagt: „Genosse Betriebsleiter, bitte schenk mir einen kleinen Russen zum Aufziehen!"

* * * * *

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML Sektion DDR
auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.: 321004 — 547
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Warum wird in der DDR der Führerschein demnächst abgeschafft? Im eigenen eingezäunten Garten darf man ohne Fahrerlaubnis fahren — und an Zäunen fehlt es uns ja wirklich nicht.

* * * * *

Welches ist das größte Land der Welt? Kein Zweifel: die DDR! So viele sowjetische Soldaten sind seit Jahren im Land und noch immer haben sie nicht hinausgefunden!

* * * * *

Ein Witz aus der Sowjetunion ist auch in der DDR beliebt: Breschnew will seiner Mutter zeigen, wie weit er es in seinem Leben gebracht hat. Er zeigt ihr seine luxuriös eingerichtete Wohnung: Aber seine Mutter zeigt sich wenig beeindruckt, sondern macht vielmehr einen unbehaglichen Eindruck. So fährt Breschnew mit ihr zu seiner Datscha bei Ussowo. Auch auch hier zeigt sie sich wenig erfreut. Schließlich bringt er sie in seinem Hubschrauber zu seinem Jagdhaus bei Sawidowo. Dort führt er ihr den vornehmen Bankettraum vor, zeigt stolz seinen Kamin, seine Jagdgewehre und alles andere. Doch die alte Frau schweigt. Breschnew verliert die Fassung und fragt flehentlich: „Ja, aber wie findest Du das denn alles?"

„Ja", sagt sie zögernd, „ganz schön mein Leonid. Aber was ist, wenn die Roten wiederkommen?"

DDR: Giftschwaden in PVC-Betrieb

Korrespondenz. In dem PVC-Betrieb wird mit chemischen Weichmachern gearbeitet, Estern, die mit E 605 verwandt sind. Schon geringe Mengen in der Luft reichen aus, um Übelkeit, Erbrechen und Ohnmächte hervorzurufen.

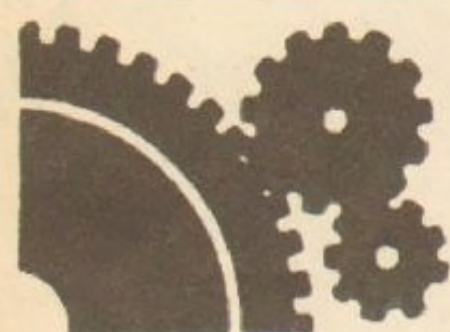
Da solche Symptome auftraten, wurde ein Kontrolleur des „Büros für Rationalisierung und Arbeitshygiene" in den Betrieb gerufen, um Messungen durchzuführen. Nach einem halben Tag Untersuchungen aber erbrach der sich sofort und mußte sich hinlegen. Man stelle sich vor, daß die Kollegen ständig in dieser Luft arbeiten müssen.

Zwar sind die sowjetischen Normen für maximale Luftverschmutzung, die auch in der DDR gelten, sogar etwas günstiger als die amerikanischen, aber was nützen die schönsten Normen, wenn die Ausbeuter sich einen Dreck darum scheren?!

Schließlich wurde dann der Einbau einer Vorrichtung im Entlüftungsschacht beschlossen, der den gasförmigen Weichmacher aus der ausweichenden Luft abfangen und verflüssigen sollte. Doch dies diente keineswegs etwa der Luftverbesserung in der Werkshalle, sondern sollte Schäden verhindern, die das Zeug draußen anrichtet, wenn es den Luftschacht verläßt: Es beschädigte nämlich alle Lackschichten in der Umgebung, vor allem bei den umherstehenden Autos. Nun wurde zwar für Hunderttausende Mark eine Abfangvorrichtung gebaut, doch sie funktionierte nicht. Die Chemikalien aus der Luft wurden zwar verflüssigt, aber durch die Anlage nicht abgefangen. Die Abfangflüssigkeit erfaßte nur 2% davon. Der „Rest" von 98% ging nach draußen, diesmal in Tröpfchenform, die den Schornstein hinunterliefen und nun die Dächer beschädigten. Nun muß alles wieder herausgerissen werden, um eine neue Anlage zu installieren. In einem wirklich sozialistischen Land könnte so niemand ungestraft mit dem Volksvermögen umgehen.

Diese Angelegenheit zeigt mir, daß in der DDR nicht anders als im Westen die Werktätigen unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen schuften müssen, die die Gesundheit der Arbeiter ruinieren. Die Arbeiter gelten den Ausbeutern im Osten wie im Westen nur so viel, wie sie ihnen Profit erwirtschaften. Vorwärts mit der Sektion DDR der KPD/ML zur sozialistischen Revolution.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Unfallverhütung nach kapitalistischer Vorstellung

Seit einiger Zeit haben wir bei uns im Betrieb einen Sicherheitsingenieur. Von ihm bekommen wir allerhand zu hören, was wir aus Leichtsinn alles ruinieren. Angefangen bei den Maschinen, bis hin zu unserer Gesundheit.

„Tragt Gehörschutz — Lärmschwerhörigkeit ist nicht heilbar, aber vermeidbar." Das bedeutet, die Maschinen und Transportbänder können so laut sein wie sie wollen. Wer später schwer hört ist selber schuld, weil er keinen Hörschutz getragen hat. Oder, es ist verboten in explosionsgefährdeten Räumen zu schweißen, schleifen oder zu bohren. Aber repariert werden muß trotzdem. Der einzige Tag, an dem nicht produziert wird ist samstags oder sonntags, dann sollen wir arbeiten. Natürlich ist keiner am Wochenende gerne in der Schindbude und so wird trotzdem in der Woche geschweißt, gebohrt usw. Oder, es ist verboten, an laufenden Maschinen zu arbeiten. Das ist auf jeden Fall richtig, aber die Kollegen werden gezwungen an laufenden Maschinen zu arbeiten, denn bei Produktionsausfall sinkt die Prämie von allen und der Ausfall muß auf jeden Fall wieder aufgeholt werden.

Bei uns in der Werkstatt steht gleich neben dem großen Schleifbock der Müllcontainer. Da werfen wir ölige und von Waschbenzin getränkte Putzwolle hinein. In den letzten Jahren ging kaum ein Monat vorbei, in dem nicht der Container stank und qualmte, bzw. richtig brannte, weil Funken von der Schleifscheibe die Abfälle entzündeten. Die große unfallverhütende Besserung bestand darin, daß eine Presspanplatte über den Container gedeckt wurde.

Als heute ein Kollege an der Schleifscheibe arbeitete, entzündeten sich explosionsartig die unter dem Deckel gestauten Dämpfe und verbrannten und versengten dem Kollegen Barthaare, Wimpern und die vorderen Haare. Durch die Wucht der Explosion wurde der Kollege zu Boden geschleudert.

Im Nu war die ganze Führungsclique vom Meister bis zum Sicherheitsingenieur versammelt und das große Lamento über die Unvorsichtigkeit des Kollegen begann. Fast hätten sie den verletzten Kollegen noch übersehen, doch nach einiger Zeit nahmen sie sich seiner an und schickten ihn zum betrieblichen Ersthelfer. Dieser trug auf die Schnelle etwas Brandsalbe auf Gesicht und Arme. Die Diagnose stellte der Sicherheitsingenieur. Wegen so etwas müsse er nicht zum Arzt. Er hätte ja noch Glück gehabt, daß er noch arbeiten kann. Er solle kurz vor Feierabend noch mal bei ihm im Büro vorbeikommen, dann würde er schon das Richtige entscheiden.

Der Kollege war noch vom Schock benommen. Verstört ging er wieder an die Arbeit. Wir glaubten alle, wir sehen nicht recht, als er mit dick eingeschmierten Armen und Gesicht wieder an die Arbeit ging. Auf unsere Fragen hin hat er uns dann die Sache erzählt. Eine solche Schweinerei konnten wir nicht zulassen. Wir stellten den Sicherheitsingenieur zur Rede. Erst versuchte er es mit Einschüchterungen. Wir sollten uns bloß nicht so aufspielen, schrie er. Das gehe uns alle gar nichts an. Das wäre einzig und allein seine Sache und er wäre auch in der Lage, das einzuschätzen. Aber da biß er auf Granit. Angesichts unserer entschlossenen Haltung gab er plötzlich klein bei. Er hätte ja nicht gesagt, der Kollege dürfe nicht zum Arzt. Aber wenn der Kollege unbedingt wolle, könnte er natürlich sofort gehen.

Aber damit konnte er sein Ansehen auch nicht mehr retten. Was er betreibt ist halt Unfallverhütung nach kapitalistischen Vorstellungen. Und die sieht folgendermaßen aus: 1. soviel wie möglich vertuschen. 2. immer den Arbeitern die Schuld geben. 3. erst dann etwas unternehmen, wenn es zu spät ist.

Rot Front, ein Genosse aus Heilbronn

AEG beutet die spanische Arbeiterklasse aus

Auf der letzten Betriebsversammlung kam zur Sprache, daß die AEG in Spanien Generatoren bauen läßt. Auf Grund der niedrigen Löhne ist die Herstellung in Spanien viel billiger als hier. Da aber die Erfahrungen beim Bau solcher Generatoren in Spanien nicht so groß sind, kommen die Geräte vor dem Verkauf noch einmal nach Westdeutschland, wo sie noch einmal auseinandergenommen werden, ein Teil eingebaut wird und sie zum Verkauf fertig gemacht werden. Auf die Frage eines Kollegen,was dies solle, meinte der Geschäftsführer, man hätte in Spanien noch nicht soviel Erfahrungen und außerdem würden die Generatoren trotz des Umwegs noch billiger als wenn sie hier produziert würden. Hier wird deutlich, wie die westdeutschen Konzerne die spanischen Arbeiter rücksichtslos ausbeuten, und daß sie natürlich ein Interesse daran haben, daß in Spanien die alten Herrscher, zwar im „demokratischen" Gewand, an der Macht bleiben und die revolutionären Kämpfe der Volksmassen unterdrückt werden.

Rot Front! Ein Genosse aus Westberlin

ÖTV-Personalräte zwingen Putzfrauen zur Mehrarbeit

In Bremen werden die Schulen von Putzfrauen gereinigt, die beim Senator für Bildung angestellt sind. Die Frauen müssen pro Stunde 120 qm putzen, im Vergleich zu Niedersachsen ist es etwas weniger, dort müssen die Frauen 130 qm putzen. Es heißt deshalb auch, in Bremen seien die Schulen zu sauber. Das soll jetzt geändert werden. Dafür will der Personalrat tatkräftig sorgen, und es wird auch nicht auf hinterhältige Tricks verzichtet.

Auf einer extra zu diesem Anlaß einberufenen Personalversammlung wurde den Putzfrauen mitgeteilt, daß das Putzen einer privaten Reinigungsfirma übertragen werden soll, weil das dem Staat viel billiger käme. Die Reinigungsfirma läßt die Frauen nämlich 170 qm in der Stunde putzen.

Privatisierung würde Verlust des Arbeitsplatzes und des Ruhegeldes bedeuten. Radikal tönte der Personalrat, dieser Anschlag müsse verhindert werden, aber ohne Zugeständnisse seitens der Putzfrauen ginge das nicht. Die Personalräte sind übrigens Funktionäre der ÖTV. Und dann kamen die Vorschläge der ÖTV-SPD Personalratsbonzen.

— Wenn jemand krank wird, dann müsse dessen Arbeit unentgeltlich aufgefangen werden. Das heißt konkret, von einem 6 Stundentag und einer 5köpfigen Putzkolonne ausgehend, daß wenn eine Frau krank wird, die anderen mindestens eine Stunde länger unentgeldlich arbeiten müßten.

— Wenn jemand in Rente geht, so müßte die Kolonne auch die Arbeit übernehmen, damit keine neue Frau eingestellt werden müßte.

— Jede Putzfrau solle, was die Reinigung von großen Flächen angeht, wie Turnhallen und Flure, mehr qm übernehmen, dafür sollten Nebenräume nicht mehr so häufig geputzt werden. Oder die Turnhallen usw. sollten nicht mehr so gründlich gereinigt werden.

Mit der Drohung des Verlustes des Ruhegeldes und des Arbeitsplatzes sollen also die Putzfrauen gezwungen werden, für das gleiche Geld mehr zu arbeiten.

Rot Front, eine Genossin aus Bremen

Metalltarifrunde NRW

Betriebszellen Ford, Opel-Bochum und KHD der Partei berichten

Nachdem der IGM-Apparat in Bayern, Hessen und bei VW gegen die Interessen der Kollegen den 5,4%-Lohnraubabschluß durchgesetzt hat, stehen jetzt noch die Abschlüsse in NRW und Südbaden aus. Aber sie werden im Kern nicht anders aussehen, auch wenn der IGM-Apparat radikal tönt: „Jetzt reicht es! Die Scharfmacher von Rhein und Ruhr wollen den Arbeitskampf." In NRW und Südbaden befinden sich große Metallbetriebe wie Ford und Opel, die zur Zeit einen gewissen Auftragszuwachs haben. Sonderschichten werden schon monatelang gefahren und es herrscht eine enorme Arbeitshetze. Hier ist die Demagogie, die Lohnforderungen seien deshalb so niedrig, weil die wirtschaftliche Lage der Unternehmer so schlecht sei, natürlich leichter zu durchschauen. Um unter anderem darüber hinwegzutäuschen, gibt sich der IGM-Apparat auch besonders radikal, und auch nicht ohne Grund werden die Tarife in NRW und Südbaden zuletzt abgeschlossen. Durch die Abschlüsse in anderen Bezirken soll der Kampfgeist der Kollegen untergraben werden, sollen sie auf den 5,4%-Lohnraub eingestimmt werden. Über die Situation in verschiedenen Betrieben haben wir mit Betriebszellen der Partei gesprochen.

RM: Die Tarifrunde zieht sich bereits über Monate hin, Warnstreiks sind durchgeführt worden, die Verhandlungen sind für gescheitert erklärt worden und die Kapitalisten haben in NRW die Schlichtungsstelle angerufen. Könnt Ihr uns schildern, wie die Stimmung in der Belegschaft aussieht?

BZ Ford: In der vorigen Woche fanden bei uns noch Warnstreiks in der S-Halle, in der Schlosser und Elektriker Neuanlagen anfertigen und Reparaturarbeiten ausführen, und in der Z-Halle, dem Werkzeugbau, statt. Die Hallen gehören nicht zur Produktion. So hatten die Streiks auch keine Auswirkung auf die Produktion, wie z.B. auf die Endmontage in der Y-Halle. Darüber waren viele Kollegen sehr empört. „Das ist Verrat", sagten einige. „Wir hier in der Y-Halle mußten streiken, das hätte Wirkung." Zu den 5,4% haben einige gesagt: „Die da oben wollen uns immer mehr abbauen. Die Bonzen sind ja selbst Kapitalisten. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus."

Man kann sagen, daß in der Belegschaft eine gewisse Streikbereitschaft herrscht. Ein Teil der Kollegen ist zwar empört, aber sieht die Tarifrunde für gelaufen an.

Während sich einerseits der Haß gegenüber dem IGM-Apparat steigert, hat dieser aber andererseits noch einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die Kollegen. Seine Rolle als Unterdrückungsapparat ist den meisten Kollegen noch nicht klar, gerade weil er als Agentur der Kapitalisten in den Reihen der Arbeiter arbeitet. So sagen die Kollegen auch: „Mehr als 5,4% ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht drin." Es herrscht unter anderem deshalb auch Unklarheit darüber, wie man den Kampf führen muß. So sagten einige Kollegen, die streiken wollten, Streiks müßten von der Gewerkschaft, womit sie die IGM meinen, ausgehen. Andere fragten: „Was kann man tun, um diesem Abbauen (damit ist die Verschlechterung der Lebenslage gemeint — RM) ein Ende zu machen?"

RM: Die Betriebszellen von Klöckner-Humboldt-Deutz und Opel Bochum berichteten, daß eine Reihe von Kollegen davon ausgeht, daß auch für sie die Tarifrunde gelaufen ist. Sie erklärten aber ebenfalls, daß eine Opposition gegen den Gewerkschaftsapparat bei den Kollegen besteht, daß man aber den Einfluß des Gewerkschaftsapparates nicht unterschätzen darf. Könntet Ihr berichten, wie der IGM-Apparat im Betrieb vorgegangen ist, um die Kollegen unter seinem Einfluß zu halten?



BZ KHD: Bei uns besteht die Besonderheit, daß wir Rote Betriebsräte haben. Gegen die hetzt der IGM-Apparat natürlich wie wild. Z.B. auf einer Wahlversammlung zur Vertrauensleutewahl. „Die Roten" würden alles kaputtmachen, die Arbeit im Betriebsrat sabotieren und die Organe der Arbeiter spalten. Um zu beweisen wie „klassenkämpferisch" der Gewerkschaftsapparat ist, haute er auf die Pauke: „Diesmal geht es bei der Tarifrunde rund. Und wenn die da oben nicht wollen, dann wird gestreikt." Als ein Kollege gegen das Theater anging, wurde er mit wüsten Drohungen beschimpft. Andere Kollegen riefen empört: „Das war richtig, was Du gesagt hast, wenn sie Dir was wollen, kannst Du auf uns zählen."

Sprachen die Kollegen V-Leute auf die niedrige Forderung an, so reagierten diese folgendermaßen: „Man kann jetzt nicht so hohe Forderungen stellen, das bringt die Stabilitätspolitik der Regierung in Schwierigkeiten und dann hätte man im Herbst die Schwarzen dran." Ansonsten griff der IGM-Apparat die Empörung der Kollegen über das 4% Angebot der Kapitalisten auf und stellte sich selbst als empörter Gegner der Kapitalisten hin.

ZÜNDKERZE
BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML
Opel

BZ Opel Bochum: Durch die monatelangen Überschichten, die Arbeitshetze usw. waren die Kollegen schon empört und wütend. Der Vertrauensleutekörper stellte dann zu Beginn der Tarifrunde gleich eine 220 DM Forderung auf, um die Interessen der Kollegen aufzugreifen und sich als Organ der Arbeiter, gerade jetzt auch zu den V-Leutewahlen, anzupreisen. Viele Kollegen unterstützten diese Forderung. Dann schwenkte der VLK sofort auf die 8% Forderung um und versuchte sie den Kollegen plausibel zu machen. Heute wird die 220 DM Forderung tunlichst verschwiegen. Daß die Kollegen für die 220 DM sind, zeigte sich auf der letzten Belegschaftsversammlung, als ein Vertreter der Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter (GOG) diese Forderung aufgriff. Er erhielt viel Beifall. Aber die GOG kämpft nicht konsequent für diese Forderung, sondern schürt selbst Illusionen in den Gewerkschaftsapparat, indem sie den VLK auffordert, den Kampf zu führen anstatt die Rolle des VLK zu entlarven; schließlich bekam die DAG für ihre 8,5% Forderung auch Beifall von Kollegen im Betrieb.

Ein anderes Manöver: der Perschke-Betriebsrat, der sonst immer den Sonderschichten zugestimmt hat, lehnt die erneuten Sonderschichten ab. Begründung: damit soll Druck auf das provokative Verhalten der Unternehmer ausgeübt werden. In der Betriebsratsmitteilung heißt es aber wohlweislich, daß der Betriebsrat die Sonderschichten **zur Zeit** ablehne, und heute verhandelt der Betriebrat bereits wieder darüber.

RM: Wie ist die D„K"P, die gefährlichste Agentur der Kapitalistenklasse in den Reihen der Arbeiter, im Betrieb vorgegangen?

BZ KHD: Bei uns sind D„K"P-Vertrauensleute herumgelaufen und machten sich scheinbar stark für höhere Forderungen, weil sie merkten, die 5,4% finden keinen Anklang bei den Kollegen. Sie argumentierten so: eine höhere Forderung würde ja gerade der Stabilitätspolitik der Regierung dienen, weil dadurch die Kaufkraft erhöht werden würde. Was heißt eigentlich Stabilitätspolitik der Regierung? Das heißt wachsende Profite für die Kapitalistenklasse, verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung von uns, das heißt Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Die D„K"P will offensichtlich erreichen, daß wir uns Sorgen um die kapitalistische Wirtschaft machen sollen, die sie verteidigt und erhalten will.

Ein weiteres Argument der D„K"P für höhere Löhne: „KHD kann zahlen". Natürlich kann KHD zahlen, schließlich haben die KHD-Kapitalisten sich ja die Reichtümer, die die Kollegen geschaffen haben, angeeignet und beuten die Kollegen aus. Praktisch heißt das, daß die Arbeiter ihre Forderungen nicht an ihren Interessen und ihrer Kampfkraft orientieren sollen, sondern an den Kapitalisten.

BZ Ford: Im wesentlichen fielen bei uns die gleichen Argumente der D„K"P. Vor ca. einer Woche fand eine Versammlung der IGM-Funktionäre aus Köln statt. Ca. 600-700 waren gekommen, darunter viele von der D„K"P. Dort wurde die Forderung nach Durchsetzung der 5,4% bekräftigt. In der Y-Halle traute sich die D„K"P aber nicht, offen für die 5,4% einzutreten, sondern tat so, als sei die IGM für 8%. Das zeigt noch einmal die Verlogenheit der D„K"P.

RM: Könntet Ihr zum Abschluß berichten, welche Politik die Betriebszelle in der Tarifrunde verfolgt? Von KHD haben wir gehört, daß der Rote Betriebsrat auf einer Jugendversammlung die Lohnraubpolitik angegriffen, volles Streikrecht für die Jugendlichen gefordert und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterjugend an der Seite der Arbeiter erklärt hat.



BZ Ford: In unserer Agitation und Propaganda, hauptsächlich in den Gesprächen mit den Kollegen im Betrieb, haben wir die Fragen der Kollegen, vor allem die Frage, wie man kämpfen muß, aufgegriffen. Wir haben erklärt, daß wir der Kapitalistenklasse nur dann mehr Lohn abtrotzen können, wenn wir sie schonungslos bekämpfen und keine Rücksicht üben, wie es der Gewerkschaftsapparat und die D„K"P empfehlen. Mit der Kapitalistenklasse verbindet uns nämlich absolut nichts, sie ist eine Ausbeuterklasse und wir sind die Ausgebeuteten. Wir müssen uns in diesen Kämpfen vielmehr zusammenschließen, unsere Einheit auf revolutionärer Grundlage herstellen.

Wer spaltet aber unsere Reihen? Das ist zum einen der Gewerkschaftsapparat. Er ist ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse, hierüber müssen wir Klarheit schaffen, er ist ein Feind in unseren Reihen. Deshalb kann die Einheit der Arbeiter auch nur gegen den Einfluß des Gewerkschaftsapparates hergestellt werden. Das bedeutet, daß wir uns als revolutionäre Opposition in der Gewerkschaft und über den Rahmen der Gewerkschaft hinaus zusammenschließen müssen, das heißt für uns, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen.

Ein noch gefährlicherer Feind in unseren Reihen ist die D„K"P, die sich als kommunistische Partei ausgibt, die verbreitet, die Arbeiterklasse könne auf friedlichem, gewaltlosem Weg den Sozialismus erreichen, und deshalb jede revolutionäre Organisierung der Arbeiterklasse bekämpft.

Bei den Kämpfen, wie jetzt in der Tarifrunde, versucht sie die Kollegen an den reaktionären Gewerkschaftsapparat zu ketten, deshalb kritisiert sie die 5,4% auch als unzureichend mit dem Argument „die Kapitalisten können zahlen" und stellt die Tarifabschlüsse als Ergebnis „inkonsequenten" Verhaltens einzelner Gewerkschaftsfunktionäre dar, den reaktionären Gewerkschaftsapparat aber als Kampforganisation der Arbeiter.

Im Kampf gegen diese beiden Feinde in unseren Reihen müssen wir die Einheit der Arbeiterklasse herstellen.

Schmidt auf Stimmenfang

Bei den Opelarbeitern abgeblitzt

Am Dienstag, den 23. 3., hatte Opel „hohen" Besuch. Bundeskanzler Schmidt hatte sich, wie schon zuvor bei VW und Mercedes-Benz, von Geschäftsleitung und SPD-Betriebsrat eine Gratis-Wahlveranstaltung genehmigen lassen. Großer Polizei- und Werkschutzaufwand, schon am frühen Morgen, machte den Besuch für jeden unübersehbar. Rund um Opel und sogar noch auf der Bahnlinie, die durch Opel führt, wimmelte es von Polizei.

Der Auftritt von Schmidt in der Entladehalle K 49 war begleitet von einem Riesenrummel von Zeitungs- und Fernsehreportern. Die Kollegen selber aber nahmen eher eine abwartende bis distanzierte Haltung ein. Von „Begeisterungsstürmen" war nichts zu merken. Auch die D„K"P hatte sich vorher zu Wort gemeldet mit einem als Plakat aufgemachten Flugblatt, in dem es heißt: „Wir brauchen 8%! Wir erwarten Ihre Unterstützung, Herr Bundeskanzler!" Auf der Versammlung selbst getraute sich aber gerade ein einziger D„K"Pler, dieses Plakat hochzuheben.

Die Betriebszelle der Partei hatte der „marxistisch-leninistischen Gruppe Rüsselsheim", der GRF (KPD) und dem KBW eine Aktionseinheit vorgeschlagen. GRF (KPD) und KBW lehnten ab. Mit der „marxistisch-leninistischen Gruppe Rüsselsheim" wurde ein gemeinsames Flugblatt mit einem Aufkleber gemacht und sehr breit verteilt. Auf der Veranstaltung dann wurde ein Transparent hochgehalten, das von jedem der 12000 anwesenden Opeler gesehen wurde, und von vielen gebilligt wurde. Auf dem Transparent standen die Parolen: „5,4% = Lohnraub! Für Teuerungszulage, gegen Sonderschichten." Als ein faschistisches Element sich an diesem Transparent vergreifen wollte, haben Kollegen, die in der Nähe standen, dies verhindert. Ein ausländischer Kollege, der das mitbekommen hatte, übernahm selbst eine der Transparentstangen und hielt sie extra hoch. Wie sehr dieses Transparent der Bourgeoisie im Magen lag, beweist zum Beispiel, daß in allen Fernsehsendungen nur noch die allerersten Reihen gezeigt wurden, weil es so unübersehbar war, während in einer Lokalzeitung das Transparent ganz aus dem Bild heräusretouschiert worden war. Selbst die bürgerliche Lokalpresse mußte allerdings der Behauptung Schmidts von der „Bedeutungslosigkeit der Kommunisten" im Betrieb entgegentreten und zugeben, daß die verteilten Flugblätter „das Interesse aller Beteiligten in dem großen Werk fanden."

Die Rede Schmidts wurde immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen, die er in seiner zynischen Art „beantwortete". Nachdem schon vorher der amerikanische Generaldirektor Waters von der Mehrheit der Kollegen ausgepfiffen worden war, erntete Schmidt für die Abkanzelung der berechtigten Zwischenrufe bei weitem nicht den Beifall, den er sich wohl ausgerechnet hatte. Als Schmidt über die gestiegene Kaufkraft der DM gegenüber dem Dollar schwätzte, rief ein Kollege in berechtigter Wut: „Wir essen aber keine Dollars, sondern Kartoffeln!", um darauf hinzuweisen, daß man auch mit der von Schmidt so hochgejubelten DM bei uns immer weniger kaufen kann. Schmidts einzige Antwort darauf war: „Das viele Kartoffelnessen ist sowieso ungesund." Einen Lacherfolg, allerdings nicht in dem Sinne, den er sich gewünscht hatte, erntete Schmidt, als er den Kollegen weismachen wollte, auch er habe sich in der Krise einschränken müssen. Er sei sogar von einem Opel-Commodore auf einen Rekord 1900 umgestiegen. Das wurde nur noch mit einem Gelächter quittiert. Ein Zwischenrufer rief höhnisch: „Wir dachten schon, auf einen Kadett, du armer Hund!"

Auch über die Jugendarbeitslosigkeit konnte Schmidt nur Zynismus verbreiten. Die richtige Einstellung zur Arbeit kommt nach Schmidts Worten doch erst im Alter, deswegen wären die meisten Jugendlichen an einer Lehrstelle gar nicht interessiert. Und das, nachdem sich ausgerechnet bei Opel 1000 Lehrlinge für die Aufnahmeprüfung für eine Lehrstelle beworben haben, von denen nur 275 angenommen wurden. Ein Zwischenrufer zu Schmidts Einstellung zur Arbeit: „Die hast du offensichtlich auch noch nicht gefunden."

Insgesamt kann man sagen, daß natürlich noch sehr viele Illusionen über die SPD bei den Kollegen vorhanden sind, daß man aber auch, wenn man nur den Brandt-Besuch vor 3 Jahren bei Opel sich in Erinnerung ruft, feststellen kann, daß mittlerweile viele Kollegen ihre Illusionen über das „kleinere Übel SPD" verloren haben.

Giulini Ludwigshafen

Kampfaktionen gegen Firmenverkauf

Korrespondenz. Gebr. Giulini ist eine Firma in Ludwigshafen, mit ca. 2000 Beschäftigten, die Aluminium herstellt. Ende letzten Jahres wurde die Pharma-Sparte (Pharmaziebereich) der Firma verkauft. Sie soll zur Kali-Chemie nach Hannover verlegt werden. Von diesem Verkauf erfuhr ich, wie auch die meisten anderen Kollegen, erst durch die Zeitung. Der Verkauf der Pharma-Sparte bedeutet für die meisten Kollegen von uns, das sind ca. 50, Arbeitslosigkeit.

Noch auf der letzten Betriebsversammlung vor dem Verkauf versicherte die Geschäftsleitung, daß bei einem eventuellen Verkauf „nichts über die Köpfe der Kollegen" hinweg entschieden würde. Als wir dann aber aus der Zeitung vom Verkauf erfahren hatten, wuchs die Empörung unter den Kollegen an. Gesteigert wurde sie durch weitere Lügen der Geschäftsleitung. So wurde als offizieller Grund für den Verkauf die angebliche Misere auf dem Aluminium-Markt angegeben, obwohl 2 Monate später die Pläne zur Erweiterung der Alu-Hütte bekannt wurden. Und die Geschäftsleitung besaß sogar noch die Frechheit, den Verkauf zu dementieren.

Einige Kollegen wollten streiken, es fehlte aber noch die organisierende Kraft. Der Betriebsrat, der natürlich genau mitbekommen hatte, daß sich Kollegen zur Wehr setzen wollten, befürchtete Unruhe unter der Belegschaft. Um diese Unruhe einzudämmen, bat er die Geschäftsleitung um Verhandlungen. Über das Verhalten des Betriebsrats waren viele Kollegen sauer. Auch die IG-Chemie schaltete sich jetzt ein. Der 1. Sekretär der Ortsverwaltung erschien, und eine Spartenversammlung wurde einberufen. Wir warteten alle auf die Versammlung, doch ständig wurde sie verschoben.

In meiner Abteilung waren wir uns einig, daß nun etwas geschehen müsse, daß wir uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen und eigenständig den Kampf organisieren müßten. Unsere verschiedenen Abteilungen liegen ziemlich weit auseinander und deshalb kennen wir uns auch kaum untereinander. Trotzdem bin ich in die anderen Abteilungen gefahren, um mit den Kollegen zu sprechen. Zuerst war ich in der Produktion. Die Resonanz bei den Kollegen war großartig. Kaum hatte ich gefragt, ob sie schon besprochen hätten, was sie machen würden, begannen die Diskussionen.

Es sprach sich schnell herum, daß jemand da war, der sich gegen die drohenden Entlassungen zur Wehr setzen wolle. Von einem Arbeitsplatz ging es an den nächsten. Da ich mich nicht auskannte, begleitete mich immer ein Kollege zur nächsten Abteilung. Eine Abteilung beschwerte sich sogar, daß ich nicht zu ihnen gekommen war. Ich war dann mittags doch noch hingegangen. Das Band wurde abgestellt. Die Meister trauten sich nichts zu sagen.

Wir waren uns schnell einig. 2 Tage später machten wir eine Versammlung außerhalb des Werkes. 20 Kollegen waren gekommen. Es ging heiß her, doch kamen noch keine klaren Ergebnisse zum Kampf heraus. Wir wollten uns aber später wieder treffen.

In der darauf folgenden Woche erschienen 25 Kollegen beim Betriebsrat. „Wilder Streik", meinte einer vom Werkschutz, der sofort da war. Das hatte der Betriebsratsvorsitzende in seiner langen Amtszeit noch nicht erlebt. Er weigerte sich, uns über die Pläne zu informieren. Seine Reaktion war: „Wer hat das organisiert, was soll das heißen?" Mit Hilfe eines reaktionären V-Mannes gelang es ihm, die Kollegen zu verunsichern. Ich hatte den Fehler gemacht, daß ich nicht offensiv genug aufgetreten war.

Als das Gerücht im Betrieb herumgeisterte, daß die Pharma geschlossen zur Geschäftsleitung marschieren würde, wenn die Versammlung ausfällt, wurde plötzlich die Spartenversammlung einberufen. Giulini besaß die Unverschämtheit, uns wie Schulkindern zu erklären, warum er leider gezwungen sei, zu verkaufen. Meine Rede schlug ein wie eine Bombe, ich erhielt viel Beifall. Trotzdem konnte sich Resignation ausbreiten. Viele Kollegen hatten noch Hoffnungen gehabt, wir würden von der Geschäftsleitung konkrete Aussagen erhalten.

Vorerst war damit die Kampfbereitschaft bei den Kollegen untergraben worden. Später versuchten die Kapitalisten die Kollegen untereinander zu spalten. Sie boten einzelnen Arbeitsplätze nach dem Verkauf an, und jetzt soll die erste Abteilung im April geschlossen werden. Für die Kollegen war das der erste Streik seit dem Krieg. Ihnen ist eins viel klarer geworden, nämlich daß wir uns auf uns selbst verlassen müssen, wenn wir etwas erreichen wollen. Auch der Gewerkschaftsapparat hat einen großen Teil seines Kredits verspielt.

Ich habe zu sieben Kollegen gute Kontakte gewonnen, und wir treffen uns auch häufiger. Ich werde mit ihnen zusammen weiter die Erfahrungen aus dem bisherigen Kampf ziehen, so daß wir zum gegebenen Zeitpunkt den Kampf weiterführen können.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Vertrauensleutewahlen 1976

In den verschiedenen Metall- und Stahlbetrieben laufen zur Zeit die Vertrauensleutewahlen. In einigen Betrieben sind sie schon abgeschlossen. Welche Furcht der Gewerkschaftsapparat vor der Wahl revolutionärer und fortschrittlicher Kandidaten hat, das zeigen die Methoden und sein Vorgehen, um die Wahl solcher Kollegen zu verhindern. Dazu Berichte und Auszüge aus einigen Betriebszeitungen.

Mit Tricks gegen die Kollegen!



Vor einem Jahr berichtete der „Hammer" schon einmal über Schweinereien bei den Vertrauensleutewahlen in der Unimog-Abteilung. Auch bei der Wahl vor einigen Tagen kam es wieder zu Schiebereien. Mit allen Mitteln hat der Betriebsrat verhindert, daß ein spanischer Kollege die Wahl gewann und einen seiner Getreuen in den Sattel gehoben, der schon bei der letzten Wahl auf „merkwürdige" Weise zu „Amt und Würden" gekommen war und auch bei den Kollegen wenig Ansehen genießt. Erst hieß es, bei der Wahl müssen alle Kollegen ihre Stimme abgeben. Das dauerte dann vier Tage. Als jedoch ein Landsmann des spanischen Kollegen seine Stimme abgeben wollte, wurde ihm das Wahlrecht verweigert, mit der Begründung, er sei zu lange krank gewesen und könne deshalb nicht wählen. Natürlich durfte er jeden Monat, auch während seiner Krankheit fleißig seinen Beitrag zahlen.

Schützeberg auf Kommunistenhatz!

Vor der V-Leute-Wahl sauste Betriebsrat Schützeberg durch die Abteilungen und versuchte Stimmung gegen bestimmte Kandidaten zu machen. Seine Hetze richtete sich gegen Kollegen, an deren „Loyalität" zum IGM-Apparat er Zweifel hatte; kurz, die er als Kommunisten „verdächtigte".

Im Maschinenbau versuchte er den Kollegen zu verbieten, den vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. „Ich dulde hier keine Radikalen". „Wir brauchen hier keine Roten". Doch viele Kollegen waren anderer Meinung, wie es die Auszählung der Stimmen bewies. Inzwischen schnüffelt Schützeberg herum und versucht herauszukriegen, welche Kollegen den Kandidaten gewählt haben.

In der Schweißerei richtete sich seine Hetze gegen einen ausländischen Kollegen. Nach dem Motto: „Das ist ein Roter, wehe, wenn ihr ihn wählt", versuchte er die Kollegen einzuschüchtern, worauf die Kollegen ihn aus der Abteilung warfen.

Obwohl der Kandidat ein großes Vertrauen unter den Kollegen genießt, sah das Wahlergebnis genau umgekehrt aus. Dabei ist zu bemerken, daß Schützeberg selber als Wahlleiter auftrat. Als er auf das Wahlergebnis angesprochen wurde, stellte sich heraus, daß es nicht mehr nachprüfbar war. Schützeberg hatte die Stimmzettel „leider schon weggeworfen"!

Rein und Co. gegen fortschrittliche Kandidatin



Bei der Vertrauensleutewahl bei Siemens, Witten,waren die Kolleginnen besonders darüber empört, daß es keine geheime Wahl gab. Wer traut sich schon seinem Einrichter zu sagen: „Ich wähle dich nicht!" Mit welchen weiteren Methoden der IGM-Apparat sein Ziel erreichen wollte, zeigt ein Beispiel aus der Abteilung unserer Roten Betriebsrätin. Dort stellt sich eine fortschrittliche Kollegin zur Wahl, die das Vertrauen ihrer Kolleginnen besitzt.

Am Tag der Wahl hingen auf den Klos überall Zettel, wo etwa sinngemäß zu lesen war: Die Kollegin sei Gewährsfrau der KPD/ML und von so einer hätte man die Schnauze voll. Ihre Kolleginnen können einen solchen Zettel nicht geschrieben haben, und wer hat schon eine Schreibmaschine am Arbeitsplatz. Außer der Abteilung hat nur der Betriebsrat von der Kandidatur der Kollegin gewußt. Und die Betriebsräte Rein und Co. sind die einzigen, die tatsächlich die Schnauze voll haben von denen, die mutig für die Interessen der Kollegen eintreten, weil er dadurch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung gestört sieht. Trotz dieser Zettel wählten die Kolleginnen die Kandidatin zur Vertrauensfrau. Aufgrund des Drucks und der Einschüchterungen von Rein und Co. ist die Kollegin dann doch zurückgetreten.

Denunziation — Einschüchterung — Lug und Betrug. Das sind die Methoden der Rein und Sander. Wir kennen sie. Verräter an den Interessen der Arbeiter, treue Diener der Siemens-Kapitalisten.

Vor den Wahlen kommt das Zahlen!



„Zahlst Du auch den satzungsgemäßen Beitrag?" Mit dieser Frage zogen jetzt vor den Vertrauensleutewahlen die Betriebsräte durchs Werk. Die große Mehrheit der Kollegen zahlt nämlich nicht entsprechend der IGM-Satzung den Beitrag. Bewußt dienten aber die niedrigen Beiträge vor Jahren dazu, die Kollegen in die IGM aufzunehmen.

Wie Steuereintreiber zogen die Betriebsräte jetzt von Abteilung zu Abteilung und forderten uns auf, mehr zu zahlen. Sie drohten Kollegen, die oft schon jahrelang in der Gewerkschaft sind,an, daß sie ohne richtigen Beitrag keinen Rechtsschutz mehr bekommen würden. Ein Vertrauensmann sagte: „Wenn ihr nicht mehr zahlt, seid ihr nicht mehr Mitglied der IGM." Besonders alle, die als Kandidaten zur Vertrauensleutewahl standen, wurden überprüft. Wer nicht zahlt, soll auch nicht wählen oder gewählt werden.

Die Kollegen waren empört, es gab viele Diskussionen, besonders wenn es hieß, die IGM könnte uns nur wenige Tage Streikgeld zahlen. Mit dieser Empörung hatten Leute wie Walter Rath nicht gerechnet. So konnten sie ihre Pläne, die VL-Wahlen als Druckmittel zu benutzen, um mehr Beitrag von den Kollegen zu verlangen, nicht voll durchsetzen. Dann wäre auch die gesamte Wahl geplatzt.

Kurze Meldung:

Der Rote Betriebsrat Franz M. von Klöckner Humbold Deutz ist fristlos entlassen worden. Begründung der Geschäftsleitung: Sein Auftreten auf der Jugendversammlung hätte gegen die Arbeitsordnung verstoßen. Der IGM-Betriebsrat stimmte der Kündigung natürlich sofort zu. Gleich nach der Abstimmung im Betriebsrat bekam der Rote Betriebsrat die Papiere ausgehändigt, fix und fertig mit dem Satz: „Der Betriebsrat hat der Kündigung zugestimmt." Die Sache war von vornherein geplant.

Als der Rote Betriebsrat durch verschiedene Abteilungen ging, um seine Kollegen zu sprechen, wurde er von Werkschutz, Meistern, Abteilungsleitern oder dem Betriebsleiter verfolgt. Kollegen,die er ansprach, wurden sofort vom Meister angesprochen, der sie einzuschüchtern versuchte. Ein Kollege spendete dem Roten Betriebsrat spontan 10 DM zur Unterstützung. Mit dem Werkschutz und der Feuerwehr wurde der Rote Betriebsrat später aus dem Werk gebracht. Die Parteizelle bei KHD verteilte schon vor der Betriebsratssitzung Flugblätter, führte Kundgebungen durch, sammelte Unterschriften von den Kollegen.

Revisionistisches

„SCHMIERFINKEN"

In „Hinsberg aktuell", Zeitung der D„K"P für die Zechenkolonie in Recklinghausen, hieß es im letzten August: „An jedem größeren Mauerstück, Plakatwand oder VEW-Häuschen findet der Bürger Parolen einer Gruppe, die sich ‚KPD/ML' nennt. Die Deutsche Kommunistische Partei distanziert sich auf das entschiedenste von derartigen Schmierereien. Kommunisten hatten es noch nie nötig, zum Pinsel zu greifen, um der Bevölkerung ihre Argumente nahezubringen. Derartige Handlungsweisen sind Kommunisten fremd. Sie haben es nicht nötig, nachts durch die Gegend zu schleichen, sie vertreten ihre Argumente offen. Die DKP hat mit den Schläger- und Schmiertrupps der ‚KPD/ML' und anderer maoistischer Gruppen absolut nichts gemein..." Auch sonst gehört die D„K"P in Recklinghausen zu den eifrigsten Verfechtern der Parole „Haltet unsere Städte sauber". Dreimal schon beklagte sich ein Herr Reumke, seines Zeichens D„K"P-Vorsitzender von Recklinghausen, schon bei der „Recklinghäuser Zeitung" darüber, daß die „Maoisten" mit ihren Plakaten und Parolen die Stadt verschandeln.

Nanu, wird man sich fragen, klebt denn die D„K"P nicht selbst Plakate? Jeder kennt doch die gräßlichen Pop-Bilder der SDAJ, die überall auf den Trafokästen kleben, um nur ein Beispiel zu nennen. Und erst kürzlich stand Reumke selbst in Recklinghausen vor Gericht wegen eines Plakates, das er in Herten geklebt hatte. Ums Kleben geht es ihm also offensichtlich nicht. Es geht ihm um den Inhalt der Plakate und Parolen. Wenn die D„K"P mit ihren Abwieglerparolen die Städte vollkleistert, dann ist das „demokratische Pressefreiheit". Aber wenn er ein Plakat von Kommunisten sieht, wird Reumke gleich zum Herrn Saubermann und schreit „Schmierfinken!"

D„K"P KÄMPFT FÜR MEK-BEAMTEN

Die Einrichtung Mobiler Einsatzkommandos (MEK) — schwerbewaffnete Spezialeinheiten der Polizei zum Kampf gegen revolutionäre Aktionen — hatte überall in der Bevölkerung Empörung ausgelöst. Nicht bei den modernen Revisionisten! Kürzlich empörte sich die „Deutsche Volkszeitung", ein Sprachrohr der D„K"P, darüber, daß einer dieser Elitepolizisten wegen Kontakten in die DDR nicht in den Staatsdienst übernommen wurde. „Berufsverbot und Sippenhaft" hieß es in dem DVZ-Artikel — gerade so, als bestehe kein Unterschied zwischen einem revolutionären Lehrer und einem Mitglied des bewaffneten reaktionären Apparates der Bourgeoisie.

„WISSENSCHAFTLICHE HOCHLEISTUNG"

Ein gutes Beispiel dafür, wie sich selbst die unteren Handlanger der neuen Bourgeoisie in der DDR auf Kosten des Volkes bereichern und dabei auch noch so tun, als wäre dies „im Interesse des Sozialismus", ist eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft in Mecklenburg.

In dieser LPG ist der große Viehbestand in mehrere Herden aufgeteilt. Die LPG-Mitglieder erhalten ihr Einkommen im Verhältnis zur Milchleistung der von ihnen betreuten Herde. Die Kühe geben natürlich alle unterschiedliche Milchleistungen. Am meisten verdienen also kann man dann, wenn in der Herde, die man betreut, möglichst viele Kühe mit hohen Milchleistungen sind. Was also tat der Vorsitzende der LPG? Unter dem Vorwand „wissenschaftlicher Kontrolle und Hochleistungszüchtung" faßte er alle Kühe mit hoher Milchleistung in der einen Herde zusammen, an der er beteiligt ist. Wahrlich, es ist eine „wissenschaftliche Hochleistung" ganz eigener Art: nämlich wie man sich ohne Fleiß ein höheres Einkommen verschafft.

Über 6 Millionen Behinderte in der Bundesrepublik

Menschen 2. Klasse

Wie frei, wie human eine Gesellschaft tatsächlich ist, sieht man am deutlichsten daran, wie es den wirtschaftlich und sozial Schwachen geht: den Kindern, den alten Menschen und den Kranken.

An großen Worten fehlt es den Politikern in der Bundesrepublik in dieser Hinsicht nicht. So sagte Bundeskanzler Schmidt auf dem Welttag der Behinderten am 21. März in Neumünster: „Ich weiß, daß in der fortschreitenden sozialen Gerechtigkeit das Herz dieser Republik schlägt. Anders als durch fortschreitende soziale Gerechtigkeit kann man auch die Herzen der Menschen nicht an den gemeinsamen Staat binden."

Wie sieht es aber mit dieser „fortschreitenden sozialen Gerechtigkeit" tatsächlich aus in der Bundesrepublik? Wie ist die Lage der Behinderten?

Die Zahl der Behinderten in der Bundesrepublik ist sehr groß. Mehr als 6 Millionen Menschen sind körperlich oder geistig so sehr geschädigt, daß sie nicht ohne fremde Hilfe, ohne technische Hilfsmittel oder Dauermedikamente leben können. Zweifellos kann keine Gesellschaftsordnung das Problem der Behinderten und ihrer Rehabilitation völlig aus der Welt schaffen. Arbeitsunfälle mit schweren körperlichen Schädigungen z. B. kann man nicht völlig ausschließen — auch nicht im Sozialismus. Aber das Ausmaß der Behinderungen in der Bundesrepublik und die schlechte wirtschaftliche und vor allem auch soziale Stellung der Behinderten in der Bundesrepublik sind ein Ergebnis des Kapitalismus.

Selbst eine bürgerliche Erhebung aus dem Jahr 1966 (eine neuere existiert nicht — RM) über Art und Herkunft der Schädigungen bei Behinderten kommt zu dem Ergebnis, daß nur 6% aller Schädigungen auf biologische Behinderungen zurückzuführen sind. 5640000 Menschen wurden also gesund geboren und erst im Laufe ihres Lebens zu Behinderten. Wodurch?

Einmal durch den 2. Weltkrieg. Tausende und Abertausende von Kriegsversehrten leiden noch heute, weil die Imperialisten in ihrem Streben nach einer Neuaufteilung der Welt einen Weltbrand entfachten. Dann aber ist es auch die tägliche Ausbeutung in den Betrieben, die unter den Werktätigen ihre Opfer fordert. Rund ein Drittel der Arbeiter und 28% der Angestellten werden heute vorzeitig invalide. Zwei Millionen Arbeitsunfälle im Jahr fordern nicht nur 5000 Tote, sondern erheblich mehr dauernde körperliche Schädigungen. Dazu kommen Schädigungen durch Verkehrsunfälle, in ihrer erschreckenden Zahl bedingt durch das (für die Autoindustrie natürlich profitbringende) Anwachsen des Individualverkehrs, dem das Straßenverkehrsnetz in keinster Weise entspricht; durch Autos, die in den unteren Preisklassen rollende Blechsärge sind usw. Weitere Quellen für Dauerschädigungen sind Medikamente wie Contergan, sind aber auch Erscheinungen des Kapitalismus wie Alkoholismus, Drogensucht usw.

Als erstes ist also festzuhalten, daß das Ausmaß der Behinderungen keineswegs „Schicksal" ist, sondern auf das Konto des Kapitalismus geht, der wie Karl Marx sagte, den Menschen auf dem Altar der Jagd nach dem Profit opfert. „Die kapitalistische Produktionsweise ist eine Vergeuderin von Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn."

Wie sieht es aber nun mit der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Behinderten in der kapitalistischen Gesellschaft aus?

Bundeskanzler Schmidt lobte in seiner Rede in Neumünster die Errungenschaften, die seit Anfang dieses Jahrhunderts die Lage der Behinderten verbessert hätten. Insbesondere lobte er die seit 1969 ausgedehnten „Schutz- und Sonderrechte für Behinderte im Arbeitsleben".

Tatsächlich gibt es eine gesetzliche Bestimmung, die vorschreibt, daß jeder Betrieb mit mindestens 15 Beschäftigten 6% Schwerbehinderte zu beschäftigen hat. Es genügen allerdings schon 100 DM monatlich für einen Kapitalisten, um sich von dieser Maßnahme der „sozialen Gerechtigkeit" loszukaufen. Und selbst Bundeskanzler Schmidt muß zugeben, daß lieber gezahlt als „Gerechtigkeit" geübt wird.

Eine andere von der Regierung gepriesene Maßnahme, den Behinderten ihr „Recht auf Arbeit" zu sichern, sind die sogenannten Werkstätten für Behinderte mit gegenwärtig 26000 Plätzen in der Bundesrepublik und Westberlin. Schon die offizielle Warteliste von 40000 Behinderten zeigt, daß diese Maßnahme völlig unzureichend ist. Dazu kommt aber, daß diese Werkstätten auf Aufträge aus der Wirtschaft angewiesen sind. Diese bleiben aber immer mehr aus. Die Folge: Behinderte werden unter fadenscheinigsten Vorwänden entlassen.

Wie sollte es auch anders sein in einem System, in der auch der gesunde Arbeiter kein Recht auf Arbeit hat! So stellen denn auch die Behinderten einen beträchtlichen Teil des Arbeitslosenheeres. Nach einer internen Studie der „Deutschen Vereinigung für Rehabilitation Behinderter e. V." waren im November 1975 rund 30000 Schwerbehinderte arbeitslos. Das sind doppelt so viel wie 1974. Mitte Februar 1976 stieg die Zahl schon auf 35000. Gleichzeitig haben sich die Anträge auf Zustimmung zur Kündigung bei den Hauptfürsorgestellen mehr als verdoppelt. Man darf bei diesen Zahlen nicht vergessen, daß einen Behinderten Arbeitslosigkeit noch sehr viel härter trifft als einen Gesunden.

Was aber geschieht mit den Behinderten, die das „Glück" haben, in einem der sogenannten Rehabilitationszentren eine Ausbildung zu bekommen?

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß das Motiv bei der Einrichtung der Rehabilitationszentren durchaus nicht Nächstenliebe ist. Es ist im Gegenteil ein Rechenexempel: Ein Arbeiter, der durch einen Betriebsunfall beispielsweise querschnittsgelähmt wird, würde für den Rest seines Lebens Rente bekommen. Investiert man etwas in seine Rehabilitation, so bringt er in einem anderen Beruf wieder Profit. Hieran zeigt sich aber schon, daß die Rehabilitationszentren nicht das Ziel haben, **allen** Behinderten so weit wie möglich die Eingliederung ins normale Berufsleben zu ermöglichen, sondern nur wenigen, den „Starken unter den Schwachen". Dementsprechend ist diese Rehabilitationszeit sehr hart. Sie ist eine Auslesezeit. So muß das volle Programm eines Ausbildungsberufes in 18 Monaten bewältigt werden. Häufige Leistungstests und Büffeln durch die halbe Nacht sind normal. Leben muß man dabei in trostlosen Wohnheimen. Die Selbstmordrate im Berufsförderungswerk Heidelberg (mit 1600 Behinderten das größte in der Bundesrepublik) ist so hoch, daß sie streng geheimgehalten wird. Rund die Hälfte der Auszubildenden muß vorzeitig abbrechen. Und nicht zuletzt ist der erfolgreiche Abschluß nicht an den Anspruch auf einen Arbeitsplatz gekoppelt. Was aber ist mit denjenigen, die einen Arbeitsplatz entweder in einer Werkstatt oder in einem Betrieb haben?

Mitte der 60er Jahre waren 18% der weiblichen und 57% der männlichen Behinderten in irgendeinem Beschäftigungsverhältnis (gegenüber 40% bzw. 84% bei den Nichtbehinderten). Von den 1777000 behinderten Erwerbstätigen verdiente ein Großteil damals weniger als 800 DM netto. In Betrieben finden in der Regel nur solche Behinderte Arbeit, die „nur" blind sind um z. B. vollwertig Telefondienst leisten zu können oder die querschnittsgelähmt sind mit einer Lähmung nicht höher als im Lendenwirbelbereich und verschiedene Tätigkeit im Sitzen ausüben zu können.

Die meisten der Schwerbehinderten haben nur in den sogenannten Werkstätten für Behinderte eine Chance auf Beschäftigung. Die Entlohnung in diesen Werkstätten spottet jeder Beschreibung. Im „Hamburger Rehabilitationsbericht" von 1972 heißt es dazu: „Sie erhalten in den Werkstätten der Arbeits- und Sozialbehörde eine Arbeitsprämie zwischen 0,50 DM und 3,00 DM täglich sowie ein Mittagessen, in den Werkstätten des Berufsförderungswerkes eine der Leistung angemessene Stundenvergütung zwischen 0,54 DM und 4,10 DM." Die Behinderten mit hoher Arbeitsleistung werden saftig betrogen: So arbeitete z. B. eine Frau in der Westberliner Werkstätte in der Grenzallee 1973 im Akkord. Sie hätte nach normalen Akkordsätzen fast 10 DM/Std. verdienen müssen, bekam aber nur 3,10 DM.

Aber nicht nur die wirtschaftliche Lage der Behinderten ist katastrophal. In einer Gesellschaft, in der die Menschen danach beurteilt werden, ob sie eine Arbeitskraft haben, die auf dem Markt feilgeboten werden kann, sind sie automatisch Menschen 2. Klasse. Sie werden — wie auch die alten Menschen — nicht als vollwertiger Teil der Gesellschaft angesehen, sondern als Last. Ernten Verachtung und Spott. Wer schon einmal Bilder gesehen hat von geistig oder körperlich Behinderten, die in Trostlosigkeit und Verzweiflung in Heimen dahinvegetieren, der spürt, daß diese Menschen zu einem qualvollen Warten auf den Tod verurteilt sind. Verurteilt vom Kapitalismus, für den nicht der Mensch zählt, sondern der Profit.



Ein Beispiel: Ein 35jähriger Mongoloider arbeitet seit Jahren an einer Maschine und bekommt dafür nichts bezahlt. Er ist in einem veralteten Haus in einem 16-Mann-Saal untergebracht. Sein Vater bezahlt für ihn 1100 DM im Monat.

Wenn Bundeskanzler Schmidt sagt, in der „fortschreitenden sozialen Gerechtigkeit schlage das Herz dieser Republik", dann kann man angesichts dieser Tatsachen nur sagen: Der Herzschlag dieser Republik hat schon lange ausgesetzt. Soziale Gerechtigkeit wird es erst dann bei uns geben, wenn die Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution die Grundlagen dafür geschaffen hat: eine Gesellschaft, die nicht mehr auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basiert, sondern auf der gemeinsamen Arbeit aller zum allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen.

Vom Aufbau des Sozialismus

DIE BEZWINGUNG DES GELBEN FLUSSES

Der Gelbe Fluß ist der zweitgrößte Strom Chinas. Vor der Revolution gehörte er zu den gefährlichsten und gefürchtetsten Flüssen der Welt, bekannt wegen seiner häufigen Überschwemmungen und seines schlammigen Ufergebietes. Jahrhundertelang träumte die Bevölkerung der Provinz Kansu, durch die der Gelbe Fluß führt, davon, diesen Strom zu bezwingen und für die Produktion nutzbar zu machen. Doch erst im Sozialismus konnte dieses großartige Werk durchgeführt werden.



Nach einem Besuch des Genossen Mao Tsetung 1952 am Gelben Fluß erarbeitete die Regierung einen Plan zur Begradigung und zur Nutzbarmachung des Flusses. Seither wurde die Arbeit systematisch durchgeführt. Entlang der 500 km errichtete das Volk Deiche, Bewässerungsanlagen, Elektropumpenstationen und kleine Kraftwerke. Das Wasser des Gelben Flusses, das früher die Felder verwüstete, hilft heute zur Bewässerung und dient der Landwirtschaft. Es versorgt die Dörfer mit Licht und ist ein wichtiger Transportweg. Vor allem die Errichtung der großen Wasserkraftwerke in Liuchia und Papan Gorges in den letzten fünf Jahren waren ein großer Fortschritt bei der Bezwingung des Flusses. Das Wasserkraftwerk von Liuchia ist das größte der Provinz, es produziert 5000 Millionen Kilowattstunden pro Jahr und machte einen glänzenden Aufschwung in der Industrialisierung des Landes möglich. Auch für die Landwirtschaft hat die Begradigung und Bändigung des Gelben Flusses große Vorteile gebracht. In Chingtaichuan beispielswiese wurde im vergangenen Jahr eine Pumpstation fertiggestellt, die es ermöglicht, 12 Kubikmeter Wasser pro Sekunde zur Bewässerung von Ackerland zu heben, das 400 Meter höher liegt. Allein in der Zeit von 1971 bis 1975 konnten in der Provinz Kansu 66000 Hektar Land auf diese Weise zusätzlich bewässert werden, die neu bewässerten Gebiete verdoppelten in dieser Zeit ihre Getreideproduktion.

Die Bezwingung des Gelben Flusses ging Hand in Hand mit der Umgestaltung der Uferlandschaft. Die Berge mit fruchtbarem Lößboden wurden terrassiert, Wasserreservoirs bis weit in Hinterland errichtet. Auch die Nebenarme und andere kleinere Flüsse der Provinz wurden in diesem Zusammenhang nutzbar gemacht. Heute sind etwa 1000 Berge und Schluchten mit ihren Quellen und Wasserfällen unter der Kontrolle der Arbeiter und Bauern von Kansu.

Wußten Sie schon...

...daß in der VR China viele Soldaten freiwillig aufs Land gehen, um die Bauern zu unterstützen bei der Produktionsarbeit, ihnen aus ihrer Erfahrungen zu berichten und beim Aufbau des Landes und der Erziehung des neuen Menschen mitzuarbeiten?

* * * * *

...daß auch Schüler und Studenten regelmäßig zu freiwilligen Einsätzen in der Landwirtschaft in die ländlichen Gebiete fahren? Das ist einerseits eine gute Unterstützung der Landwirtschaft, andererseits lernen die Schüler und Jugendlichen von den Bauernmassen.

* * * * *

...daß auf dem Land bisher mehr als 10000 metereologische Stationen errichtet wurden, um den Bauern beim Ackerbau zu helfen? So wird die Landwirtschaft immer mehr auf wissenschaftlicher Basis ausgerichtet.

Lügengebäude über "natürlichen Tod" zusammengebrochen

Seit bald zwei Jahren werden Genossen der Partei, der RHD, der GRF und andere fortschrittliche Menschen verurteilt, weil sie in der einen oder anderen Form zum Ausdruck gebracht haben, daß Günter Routhier von der Polizei ermordet worden sei. Die Zahl der Angeklagten geht in die Hunderte, die Höhe der verhängten Geldstrafen in die Hunderttausende. In der letzten Zeit wurden wiederholt sogar Gefängnisstrafen verhängt wie z. B. im Fall von Ulrich Grober.

Im Prozeß von Ulrich Grober stellte die Verteidigung den Antrag, den Westberliner Gerichtsmediziner Krauland als Zeugen zu laden. Krauland war nämlich vor einiger Zeit von einem Westberliner Gericht beauftragt worden, ein neues Gutachten bezüglich der Todesursache von Günter Routhier zu erstellen. Dieses Gutachten bestätigt wesentliche Feststellungen, die die Partei seit 1974 immer wieder getroffen hat. Trotzdem hatte dieses Gutachten bisher keinerlei Konsequenzen.

Besonders bemerkenswert ist die Begründung, mit der Staatsanwalt Jäger im Prozeß gegen Anna Schulte die Einführung des Gutachtens ablehnte. Er erklärte: „Es wird als wahr unterstellt, daß Günter Routhier an den Folgen des Polizeieinsatzes im Duisburger Arbeitsgerichtsprozeß gestorben ist."

Dieser Staatsanwalt Jäger ist nicht irgendwer. Er ist maßgeblich an der Vertuschung der Ermittlungen über die Todesursache des Genossen Günter beteiligt. Sehen wir uns kurz die Entwicklung an.

In den ersten Strafbefehlen gegen die Partei hieß es immer wieder, die Behauptung der Partei, Günter Routhier sei ermordet worden, widerspreche der gerichtsbekannten Tatsache, daß Günter Routhier an den Folgen einer spontanen Blutung gestorben sei. Auch die Einstellung der Ermittlungen gegen die am Polizeieinsatz im Arbeitsgericht beteiligten Polizeibeamten wurde ähnlich begründet. Sowohl die Staatsanwaltschaft Duisburg (Staatsanwalt Jäger) als auch das Oberlandesgericht Düsseldorf stellten die Ermittlungen wegen eines Tötungsdelikts ein, weil nach dem Obduktionsergebnis ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen im Arbeitsgericht und dem Tod von Günter Routhier nicht zu beweisen sei. Es sind im wesentlichen drei Argumente, die dabei angeführt wurden: 1. Dr. Adebahr, der Obduzent habe keine Blutungsquelle gefunden; 2. es seien keine Anzeichen äußerer Gewaltanwendung festgestellt worden; 3. die Gehirnblutung sei in Schüben erfolgt, was bei Blutungen aufgrund von äußeren Einwirkungen nicht üblich sei. Das ausschlaggebende Argument schließlich, das benutzt wurde, um bei einer medizinisch wahrscheinlichen und einer unwahrscheinlichen Möglichkeit immer die letztere für die Todesursache von Günter Routhier in Betracht zu ziehen, ist die Bluterkrankheit, an der Günter Routhier litt. So kommt am Ende nach allen Wenn und Aber denn auch bei Dr. Adebahrs Gutachten heraus, daß die „entscheidende Ursache" für den Tod von Günter Routhier das „Blutungsübel" sei.

Mit anderen Worten, die Bourgeoisie hat sich von vornherein bei der Vertuschung der wahren Todesursache von Günter Routhier auf den Punkt konzentriert, der den Fall Günter Routhier z. B. vom Fall Benno Ohnsorg, Günter Jendrian usw. unterscheidet. Darauf nämlich, daß Günter nicht an den Folgen schwerwiegender äußerer Verletzungen starb (z. B. durch einen Schuß), sondern aufgrund minimaler äußerer Verletzungen, die aber die tödliche Gehirnblutung auslösten. In der Verbindung dieser Tatsache mit der Bluterkrankheit, an der Günter litt, sah man die Möglichkeit, alle Behauptungen über eine Ermordung Günters bereits im Keim zu ersticken, die Ereignisse während der Arbeitsgerichtsverhandlung zu einem Problem zweiten Ranges zu degradieren und die Obduktion zur entscheidenden Ebene der Auseinandersetzung zu machen.

Dies erklärt eben auch — wie immer wieder von Genossen der Partei in Routhier-Prozessen zur Sprache gebracht wurde — warum diese Obduktion unter massivem Polizeischutz stattfand, warum zum ersten Mal in der Geschichte des Essener Klinikums keine Studenten an der Obduktion teilnehmen durften usw. usf.

Diese hauptsächliche Konstruktion, um die wahren Todesursachen von Günter Routhier zu vertuschen, ist aber jetzt durch das neue Gutachten von Dr. Krauland, der als Gerichtsmediziner immerhin eine gewisse „Glaubwürdigkeit" besitzt, im wesentlichen zerschlagen. Denn was Dr. Adebar im Beisein von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht vermochte, das schaffte Dr. Krauland in Westberlin ohne weiteres: Er fand zwei Blutungsquellen; er stellte fest, daß diese Blutungsquellen auf Zeichen äußerer Gewaltanwendung hinweisen und er fand weiter, daß der Krankheitsverlauf (Blutung in Schüben) typisch für eine solche Blutung aufgrund äußerer Einwirkung ist und kam zu dem Schluß, daß der Obduktionsbefund durchaus mit der Annahme vereinbar ist, daß die Blutung am Tag des Polizeieinsatzes im Arbeitsgericht ausgelöst wurde.

Mit einem Wort, Dr. Krauland, der nicht unter Bewachung von Polizei und Staatsanwaltschaft obduzierte, kommt zu einem Gutachten, aus dem sich automatisch die Frage ergibt: Wer ist schuld an dem gewaltsam herbeigeführten Tod von Günter Routhier?

Die Partei hat die Antwort auf diese Frage von Anfang an gegeben. Sie wird auch weiter dafür kämpfen, daß die Schuldigen nicht einfach davonkommen. Schon gar nicht auf die zynische Tour, mit der ein Staatsanwalt Jäger jetzt so tut, als sei es für die Staatsanwaltschaft die selbstverständlichste Sache von der Welt, daß Günter an den Folgen des Polizeieinsatzes gestorben sei. Dies ist nichts anderes als ein Trick, um erneut die Schuldigen in Schutz zu nehmen. Warum sonst wird die Einführung des Krauland-Gutachtens in Prozessen gegen Genossen abgelehnt, warum sonst wurden die Ermittlungen gegen die betreffenden Polizisten nicht wieder aufgenommen, warum sonst versehen sie weiterhin unbehelligt ihren Dienst?

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

Pressezensur

Beim Prozeß gegen Ulrich Grober in Recklinghausen (s. auch nebenstehenden Bericht) war am ersten Prozeßtag auch ein Redakteur der Recklinghäuser Zeitung anwesend. Er schrieb einen 100 Zeilen langen Artikel, der gewissenhaft über den Prozeß berichtete. Dieser Artikel war schon im Umbruch der Donnerstagsausgabe. Am nächsten Morgen schlug der Redakteur die Zeitung auf und war „wie vor den Kopf geschlagen". Er fand einen ganz anderen, stark gekürzten Artikel vor. Um 22.30 Uhr am Abend zuvor hatte jemand den Umbruch kontrolliert und Alarm geschlagen. Der Artikel über den Prozeß würde eine „Einflußnahme auf den Urteilsspruch" bedeuten. Der Artikel wurde daraufhin ohne Rücksprache mit der Redakteur herausgenommen.

Das war dem Redakteur in seiner langjährigen Tätigkeit bei der Zeitung noch nie passiert. Der Journalist hat sofort einen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Verlegerin angestrengt. Er hat dafür auch Rückhalt bei seinen Kollegen. Er ist stellvertretender Betriebsratsvorsitzender des Verlages. Die „WAZ" (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) dagegen verhängte eine totale Nachrichtensperre über den Prozeß. Kommentar des Chefredakteurs: „Das bringen wir nicht. Das interessiert niemanden. Es gibt wichtigere Sachen in Recklinghausen." Zu diesen „wichtigeren Sachen" für die „WAZ" gehörte offensichtlich auch ein dreispaltiger Artikel über die Nachwuchssorgen der Polizei, der am Tag nach dem ersten Prozeßtag erschien.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

RECKLINGHAUSEN

In Recklinghausen fand vor kurzem ein Prozeß gegen Genossen Ulrich Grober statt. Genosse Ulrich war angeklagt, weil er presserechtlich verantwortlich für „Routhier"-Flugblätter war bzw. solche Flugblätter verteilt haben soll. Der Staatsanwalt forderte in seinem Plädoyer deswegen eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten (3 Jahre „Bewährung") und 50 DM Geldstrafe pro Monat während der Bewährungszeit. Das Gericht verurteilte Ulrich dann zu 6 Monaten Gefängnisstrafe (3 Jahre Bewährung) und 30 DM Geldstrafe pro Monat.

Bemerkenswert bei diesem Prozeß war die Solidarität der Bevölkerung. 14 Tage vor Prozeßbeginn erschien eine Dokumentation der Partei und der RHD zum Prozeß. Davon wurden allein in Recklinghausen ca. 100 Stück verkauft. Ein Beispiel: bei Hausbesuchen in einer Zechenkolonie verkauften Genossen der RHD in 30 Haushalten 9 Exemplare.

Die Furcht der bürgerlichen Gerichte vor dieser Solidarität zeigt sich an einem anderen Beispiel: eine Klasse der Handelsschule plante im Rahmen des Politikunterrichts, einen Prozeß zu besuchen. Schüler der Klasse schlugen vor, zum Prozeß von Ulrich Grober zu gehen. Sie wollten das beim Gericht anmelden. Dort wurde ihnen gesagt: „Zu diesem Prozeß werden keine Klassenverbände zugelassen." Als Ulrich diesen Vorfall bei seinem Schlußwort vor Gericht zur Sprache brachte, verhängte der Richter zwei Tage Ordnungsstrafe gegen ihn, weil er sich weigerte, die Namen der Klasse preiszugeben.

Ein weiteres Beispiel der Solidarität gab ein Zuschauer beim Prozeß, der wie Günter Routhier Bluter ist. Er wandte sich mit einer selbstgeschriebenen und gedruckten Erklärung, in der das Vorgehen der Polizei gegen Günter Routhier angeprangert wird, an die Zuschauer.

Welche Wirkung diese und andere Beweise der Solidarität auf das Gericht hatten, konnte man spüren, als der Richter bei der Verkündung des Urteils „vergaß", dies im „Namen des Volkes" zu tun.

DUISBURG

Am 11. und 12. 3. fand in Duisburg ein Prozeß gegen die Genossin Anna Schulte statt. Gegen sie waren 5 Verfahren zusammengefaßt worden, darunter drei wegen angeblichen Verteilens von Günter Routhier-Flugblättern. In erster Instanz war sie zu einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte damals 10 Monate Gefängnis gefordert und deshalb gegen das Urteil Berufung eingelegt. Welchen Charakter dieser und andere Prozesse gegen Kommunisten haben, ließ der Richter selber in seiner Urteilsbegründung deutlich werden. Er sagte: „Auch das zweite und Dritte Reich (!) mußten ihren Bestand mit Hilfe von Staatschutzgesetzen schützen und so muß es auch dieser Staat." Damit brachte er treffend zum Ausdruck, in welcher Tradition die Justiz der Bundesrepublik steht. Die Genossin wurde zu 4500 DM Geldstrafe verurteilt. (s. auch nebenstehenden Artikel)

DÜSSELDORF

1969 hatte ein Düsseldorfer Architekt Anzeige gegen zwei Streifenbeamte der Polizei erstattet, die ihn brutal mißhandelt hatten, nachdem er sich gegenüber einer Autofahrerin als Zeuge gegen die beiden Beamten angeboten hatte. Der Architekt erstattete Anzeige wegen Körperverletzung im Amt. Körperverletzung im Amt verjährt nach 5 Jahren — (d.h. vergehen 5 Jahre, ohne daß ein Richter sich mit dem Fall beschäftigt, kann keine Bestrafung mehr erfolgen). Und genau so lange ließ denn auch die Staatsanwaltschaft trotz häufiger Beschwerden des Anwalts des Architekten, die Anzeige in ihren Schubladen schmoren. Auch eine Art, Polizisten freizusprechen.

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

In Duisburg, 5. 4. 76, findet vor dem Landgericht Duisburg die Berufungsverhandlung gegen Gustav Tillmann statt (Trauermarschprozeß). Der Genosse war in der ersten Instanz freigesprochen worden.

In Bremen, 7. 4. 76, findet vor dem Arbeitsgericht Bremen, Bachmannstr. erneut eine Verhandlung der Roten Jugendvertreter von AG Weser, Jörg und Petra, statt. Die Genossen waren 1974 fristlos entlassen worden.

In Kiel, 6., 7. und 8. 4. 76, findet ein Prozeß gegen drei Genossen statt. Sie sind wegen „Nötigung" bzw. „Anstiftung zur Nötigung" angeklagt, weil sie einen Spitzel aus einer Vollversammlung an der Pädagogischen Hochschule hinausgeworfen haben sollen.

Freiheit für Sascha!

Noch immer wird Genosse Sascha Haschemi wegen angeblicher „Fluchtgefahr" in Untersuchungshaft gehalten. Nach dem Willen der Justiz soll das auch bis zum Prozeßtermin — voraussichtlich im Mai — so bleiben.

Die Klassenjustiz erlitt bei ihrem ursprünglichen Plan, Sascha nach Persien abzuschieben, eine Niederlage. Sascha entzog sich ihrem Zugriff so lange, bis er durch den solidarischen Kampf der Partei und Tausender von Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit bekam. Dann stellte er sich, da gegen ihn Haftbefehl bestand, der Polizei.

Dies nimmt die Klassenjustiz zum Anlaß, um an einem Rotgardisten zum ersten Mal zu praktizieren, was in anderen Fällen — z.B. bei Angeklagten wegen Zugehörigkeit zu RAF — bereits gang und gäbe ist: sie setzt per Untersuchungshaft Gefängnisstrafen durch, bevor ein Gericht sie rechtskräftig beschließt. Denn Sascha ist zwar im Februar 1974 zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt worden, aber gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Der Berufungsprozeß soll voraussichtlich im Mai stattfinden.

Das ist eine weitere Verschärfung bei der Verfolgung von Kommunisten durch die Bourgeoisie!

Genosse Sascha hat uns jetzt aus dem Gefängnis geschrieben. Wir drucken im folgende Auszüge aus seinem Brief ab.

„Liebe Genossen,

Herzlichen Dank für den ROTEN MORGEN. Endlich, endlich habe ich ihn heute zum ersten Mal ausgehändigt bekommen und Ihr könnt Euch vorstellen, wie ich mich darüber freue! Es ist der ROTE MORGEN Nr. 10. Mit großer Begeisterung habe ich am 7.2. einer Notiz in der Süddeutschen Zeitung entnommen, daß die Sektion DDR gegründet worden ist. Was für ein Erfolg! Gerade für uns in Haft ist dieser Sieg ein gewaltiger Ansporn!...

Wie so viele Gefängnisse, hat auch die JVA Stadelheim Tradition: während der Naziherrschaft war die JVA Stadelheim ein Gestapogefängnis. Dimitroff bezeichnete den Aufenthalt hier als mit die schlimmsten Erinnerungen seines Lebens, weil er hier durch Fesselung besonders gemein gequält wurde. Bekannt ist auch, daß die Geschwister Scholl hier wegen ihres Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus hingerichtet wurden...

Ich habe bisher über 120 Briefe aus der ganzen Bundesrepublik erhalten und versuche so viele wie möglich zu beantworten."

Geschrieben hatte auch Heinz Baron an Sascha. Seinen Brief aber erhielt Sascha nicht. Weil er angeblich die „Ordnung der Vollzugsanstalt" stören könnte. (Heinz Baron wurde wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt.)

Auch sonst versucht die Anstaltsleitung, Saschas Kontaktmöglichkeiten zu beschneiden. So hat Sascha im Februar zwei Besuche zu je einer Viertelstunde genehmigt bekommen. In einer Beschwerde schreibt er: „Als ich nach dem Besuch von F. in die Wartezelle kam, wartete darin auch der „Begonienmörder" Schromm. Er erklärte mir, daß mir mindestens eine Stunde Besuch insgesamt im Monat zusteht. Ein Millionenbetrüger auf meiner Abteilung erhält regelmäßig jede Woche ein- bis zweimal Besuch. Ich habe mich viel umgehört und habe keinen einzigen gefunden, der lediglich zweimal eine Virtelstunde im Monat Besuch haben durfte. Daraus kann man nur schließen, daß für Mörder, Räuber und Betrüger, die oft noch ihre „Geschäfte" weiterführen, mindestens eine Stunde Besuch im Monat erlaubt ist; politische Gefangene, Kommunisten aber sind von dieser Regelung auszunehmen..."

Kämpft für die Freilassung des Genossen Sascha! Schreibt den politischen Gefangenen! (Bitte Rückporto beilegen)

Schreibt den Genossen in Haft:

Heinz Baron, JVA Münster, Gartenstr. 26.
Sascha Haschemi, JVA München-Stadelheim, Stadelheimerstr.
Hans-Georg Schmidt, JVA Dieburg, Altstadt 25.
Mustafa Tutgun, JVA Dinslaken, Zweigstelle Duisburg-Ruhrort, Amtsgerichtsstr.
Günther Sprute, Bismarckstr. 12, (JVA), 4970 Bad Oeynhausen.
Bitte Rückporto beilegen.

Baden-Württemberg: Neues Polizeigesetz

Mitte Februar hat der Landtag in Baden-Württemberg ein neues Polizeigesetz beschlossen. Nach diesem Gesetz kann die Polizei unter anderem ganze Straßenzüge oder Stadtteile zu sogenannten „Kontrollbezirken" ernennen. Dort können Kraftfahrzeuge und Personen, aber auch Wohnungen ohne Hausdurchsuchungsbefehl durchsucht werden, wenn die Polizei dort einen „kriminellen Gewalttäter" oder ein Waffen- oder Sprengstofflager *vermutet*. Nach den Worten von Innenminister Schieß soll das Gesetz vor allem der „Bekämpfung terroristischer Gewaltkriminalität dienen".

Was kann deutlicher zeigen, was es mit dem angeblichen „Schutz des Bürgers" vor Gewalttaten auf sich hat? Unter dem Vorwand, den Bürger zu schützen, werden die Werktätigen ganzer Viertel terrorisiert, wie man es zum Beispiel auch schon bei der Razzia nach der Lorenz-Entführung in Westberlin erlebt hat. Nicht zufällig erinnert der Begriff „Kontrollbezirk" an den Krieg. Er ist auch so gemeint. Die verwüsteten Wohnungen nicht nur in Westberlin nach solchen Polizeirazzien, sondern auch die Niederschlagung sämtlicher Anzeigen gegen Polizeibeamte belegen das anschaulich.

Und was heißt denn „kriminelle Gewalttäter"? Innenminister Schieß hat bereits deutlich gemacht, daß damit keine Mörder und Räuber gemeint sind. Was die Bourgeoisie unter „terroristischer Gewaltkriminalität" versteht, das hängt weitgehend von der Entwicklung des Klassenkampfes ab. Sind es in ruhigeren Zeiten vor allem einzelne, denen sie diesen Namen gibt, so werden in bewegteren Zeiten auch größere Teile der Arbeiter, Jugendlichen und Bauern auf diese Weise beschimpft. (S. Ford 1973). Ja, auf sie ist dieser Begriff sogar hauptsächlich gemünzt. Denn das größte „Verbrechen" in den Augen der Bourgeoisie ist es zweifellos, wenn die Massen der reaktionären Gewalt der Bourgeoisie ihre revolutionäre Gewalt entgegensetzen, wenn sie darangehen, der Kapitalistenklasse ihre politische Macht zu entreißen. So zeigt diesen neue Gesetz in Baden-Württemberg sehr deutlich die Aufgabe der Polizei. Ihre Aufgabe ist nicht, die breite Masse der Bevölkerung vor einzelnen „Verbrechern" zu schützen, ihre Aufgabe ist es, die breiten Massen im Auftrag der Bourgeoisie zu unterdrücken.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

Erfolgreicher Arbeitsgerichtsprozeß

Der kommunistische Arzt W. Gedeon hat seinen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Bundesknappschaft gewonnen. Er war im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Schließung des Knappschaftskrankenhauses in Gelsenkirchen entlassen worden. In dem Prozeß hat der Genosse die unglaublichen Zustände in diesem Krankenhaus, den katastrophalen Ärztemangel und vor allem die Pläne für die Schließung und ihre Konsequenzen für die Bevölkerung an die Öffentlichkeit gebracht. Der Kommentar des Knappschaftsvertreters zu alledem: „Dazu kann ich nichts sagen."

Ein wesentlicher Angriffspunkt der Knappschaft gegen den Genossen war seine Mitgliedschaft in der KPD/ML, für die er bei der Landtagswahl in NRW kandidiert hatte. Es ist nicht nur gelungen, diese Argumente im Prozeß als Kündigungsgrund zurückzuweisen, sondern darüber hinaus wurde bei vielen Patienten und vor allem bei der Belegschaft des Knappschaftskrankenhauses das Interesse für das Gesundheitssystem im Sozialismus und für den Sozialismus überhaupt geweckt. Mehrere Belegschaftsmitglieder und ehemalige Patienten lesen bereits den ROTEN MORGEN und besuchen Veranstaltungen der Partei. Die Meldung über den erfolgreichen Abschluß des Prozesses hat im Krankenhaus dementsprechend eingeschlagen.

Ein besonderer Erfolg dabei ist, daß auch die Kündigung von 4 Pflegeschülerinnen, die in Flugblättern und auch während des Prozesses angeprangert wurde, von der Krankenhausverwaltung wieder zurückgenommen werden mußte. Insgesamt war der Prozeß eine deutliche Abfuhr für die Knappschaft, auch wenn die Knappschaft sicherlich Berufung einlegen wird. Der Kampf für die Wiedereinstellung von W. Gedeon und gegen die Schließung des Krankenhauses geht weiter.

Rot Front, Genossen aus Gelsenkirchen

„Antihegemonistischer" Kompaniechef

Bei ihrer „antihegemonistischen Agitation" in der Bundeswehr ist es der Gruppe Rote Fahne (KPD) gelungen, ihren ersten „antihegemonistisch" eingestellten Kompaniechef aufzuspüren. In einer Soldatenkorrespondenz berichtet die „Rote Fahne", daß es einem Genossen gelungen ist, Aspekte der „antihegemonistischen Einstellung" seines Kompaniechefs auszunutzen und sogar eigenständig die politische Truppeninformation vorzubereiten und durchzuführen. Wahrlich ein grandioser „Erfolg".

Daß die Offiziere, und dazu gehören auch die Kompaniechefs, das Rückgrat der imperialistischen Bundeswehr sind, daß die Bundeswehr ein Instrument der westdeutschen Imperialisten und daß die Bundeswehr im NATO-Verband eine wesentliche Rolle für die US-Imperialisten spielt, darüber hat der Genosse bei seiner politischen Truppeninformation kein Wort verloren. Vielmehr wurde das „Verteidigungskonzept" der Regierung als nicht geeignet zurückgewiesen, als ob es der Regierung an der Verteidigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes gelegen sei, und sie nur das falsche Konzept hätte.

Jedem Zuhörer mußte sich bzw. jedem Leser der „Roten Fahne" muß sich der Eindruck aufdrängen, die GRF ist für eine Stärkung der Bundeswehr, für die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft durch die Bundeswehr, was die GRF an anderer Stelle auch offen schreibt. Ist es da verwunderlich, daß der Genosse die politische Truppeninformation durchführen konnte? Eine „Zersetzung der Bundeswehr", sprich eine revolutionäre, antimilitaristische Propaganda stand ja wirklich nicht zu befürchten. Es fragt sich nur, wann die GRF ihren ersten antihegemonistischen General gewonnen hat! Diese Politik ist der konsequente Ausdruck des Einstellens des antimilitaristischen Kampfes in der Bundeswehr, der Suche nach dem Bündnis mit der Monopolbourgeoisie und der Verharmlosung des US-Imperialismus.

Rot Front, ein Genosse aus Bochum

„Kunstwerke" auf dem Müll

Was die Massen von dem Dreck halten, den die Bourgeoisie uns als moderne „Kunst" auftischt, zeigt sich an den beiden folgenden Beispielen:

Vor einiger Zeit haben in Kiel bei einer Ausstellungseröffnung Arbeiter das „Kunstwerk" des bekannten „Künstlers" Joseph Beuys, eine mit Abfall und Unrat gefüllte Badewanne, kurzerhand gesäubert und als Bierkühler verwendet. Der Besitzer des „Kunstwerkes", der den Schaden für „unersetzlich" hält, will sich nun gerichtlich seinen Wertverlust in Höhe von 100000 DM (!) ersetzen lassen. „Künstler" Beuys erklärte sich indes schon bereit, für ein Taschengeld von 40000 DM (!) eine Neuanfertigung seines „Kunstwerks" herzustellen.

In Aachen hat jetzt ein bei einem Museum beschäftigter Student einen zu einem „Kunstwerk" gehörenden Abfallhaufen dorthin geworfen, wo er hingehört: auf den Müll.

Rot Front, Genossen aus Ludwigshafen

Kampf gegen Kernkraftwerke nimmt zu

"So wie die Wyhler es gemacht haben"

Gegen den Protest der Bevölkerung sollen nach Planung der Bundesregierung 16 Kernkraftwerke noch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden. Für die Bevölkerung bedeutet das eine starke Zunahme der Gesundheitsgefährdung durch atomare Abstrahlungen in der unmittelbaren Nähe der Kraftwerke sowie durch die Lagerung des Atommülls. Hinzu kommt die ständige Gefährdung durch drohende Katastrophen.

Ein neues Kernkraftwerk-Projekt wird inmitten einer Wohnsiedlung in Coerde bei Münster von den „Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen" geplant. Wie die Münsteraner Lokalpresse meldet, ist für das Projekt zugleich ein Ausweichbauplatz geplant — wohl für den Fall, daß der Widerstand der Bevölkerung in Münster zu groß wird. In einem Flugblatt der KPD/ML in Münster wird auf die demagogischen Argumente der Bourgeoisie eingegangen, mit denen der Kernkraftwerksbau begründet wird: Atomenergie stünde im Dienste steigenden Wohlstands. „Billige und saubere Energie? Dieses Versprechen wurde uns vor einiger Zeit schon mal gemacht: damals pries der Staat uns das Erdgas an. Viele Familien ließen sich eine Gasheizung einbauen. Und nach einiger Zeit zogen die Preise für Erdgas gewaltig an, einen Unterschied zu Kohle oder Öl gibt es heute nicht mehr. Worum es den Energiekonzernen, die vom Staat getragen werden, und den Monopolunternehmen wie AEG, Siemens, Telefunken, Krupp, BASF und wie sie alle heißen beim zunehmenden Bau von Kernkraftwerken allein geht — das ist der Profit. Profit für die Firmen, die am Bau der Kraftwerke beteiligt sind — Profit für die Energiekonzerne wie die VEW selbst. Sie produzieren billigen Strom in großer Menge mit weniger Arbeitskräften als bisher. Die Kumpels im Bergbau werden entlassen. Billigstrom werden dann nur die Großbetriebe beziehen. Und um die Sicherheit der Bevölkerung kümmern sich die Bourgeoisie und ihr Staat einen Dreck. Auch anerkannte Wissenschaftler, die sich nicht auf Gedeih und Verderb an das Monopolkapital verkauft haben, warnen in der letzten Zeit zunehmend vor einer wahren Inflation von Atomkraftwerken.

Über die Katastrophengefahr hinaus aber ist es vor allem die Deponie von Atommüll in stillgelegten Bergwerken, die die Bevölkerung gefährdet. Abertausende Tonnen atomarer Abfälle, die auf Jahrhunderte noch ihre todbringende Strahlung besitzen, werden so zu einer tickenden Zeitbombe. Nicht anders die weithin übliche Versenkung von Atommüll in den Weltmeeren. Ein weiteres Problem der Atomkraftwerke ist auch die ständige Erwärmung von Flußwasser, das zum Kühlen des Reaktors benutzt wird. Schwerwiegende Umweltschäden sind die Folge: die Flüsse sterben ab, ja sogar Klimaveränderungen können die Folge sein. So wird an der Elbe jetzt bereits das vierte Atomkraftwerk in Wilster gebaut. Der Reaktor wird zur Kühlung pro Sekunde 63 Tonnen Elbwasser aufnehmen und um zehn Grad erwärmt wieder ausspucken.

Besonders die Bauern fürchten, daß eine Klimaveränderung in der Umgegend sich schädigend auf die Landwirtschaft auswirkt. Doch die Bourgeoisie, die in der Öffentlichkeit vorgibt, es sei noch nichts entschieden und es werde erst beraten, wird mit aller Macht ihre Pläne durchsetzen wollen. Das zeigte sich bereits bei einem sogenannten „Anhörungstermin". Etwa 150 Polizisten riegelten den Verhandlungssaal hermetisch ab. Nur wer einen von der Behörde ausgestellten Ausweis besaß, erhielt Einlaß. Gutachter der Bürgerinitiative wurden nicht zugelassen. Doch einige tausend Menschen, die sich in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, sind entschlossen, den Bau des Kernkraftwerkes bei Wilster zu verhindern. Sie kündigten an, den Bauplatz zu besetzen, wie auch die Bevölkerung von Wyhl es getan hat.

Auch in Westberlin, in Spandau, hat die Bevölkerung den Kampf aufgenommen gegen den Bau eines neuen Kraftwerkes. Hier soll zwar kein Atomkraftwerk errichtet werden, doch auch die Errichtung eines herkömmlichen Kraftwerkes an der Oberhavel bedeutet, daß die Bevölkerung schweren Belastungen ausgesetzt wird. So wird das Kraftwerk, das anfangs 600 Megawatt produziert, stündlich ca. 10 Tonnen Schwefeldioxyd, 700 Tonnen Kohlendioxyd, 80 kg stark giftiges Fluor und 80 kg stark giftiges Quecksilber in die Luft jagen. Diese Giftstoffe würden sich auf einen Umkreis von fünf Kilometer konzentrieren. Auch in Spandau haben sich Menschen aus der Bevölkerung in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen, die den Kampf gegen die Errichtung des Kraftwerkes aufnehmen wollen. Und ihr Kampf ist gerecht. Schließlich gilt es nicht, statt Atomkraftwerken herkömmliche Kraftwerke zu fordern. Der Kampf gegen die Atomkraftwerke wie auch gegen die herkömmlichen richtet sich vielmehr dagegen, daß zugunsten des Profits des Monopolkapitals Energie auf eine Weise produziert wird, die die Umwelt wie die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet und zerstört. Nicht den Errungenschaften der Technik und Wissenschaft gilt das Mißtrauen, sondern dem Monopolkapital und seinem Staatsapparat, deren Handeln allein von der Erzielung größtmöglichen Profits bestimmt ist. In diesem Zusammenhang allerdings stellen Kernkraftwerke eine gefährliche Bedrohung, ja sogar eine tödliche Bedrohung für die Bevölkerung dar.

„So wie die Wyhler es gemacht haben" — das ist zu einem Begriff gegen die Errichtung der Atomkraftwerke geworden. Und es heißt: die Wyhler haben den Bauplatz besetzt. Und sie haben diese Besetzung gegen die Einsätze der Polizei gewaltsam verteidigt. Solange auch wurden tatsächliche Erfolge errungen, konnte tatsächlich der Bau verhindert werden. Aber der Kampf in Wyhl hat auch ein anderes gezeigt: Verhandlungen mit dem kapitalistischen Staat, Vertrauen in seine Klassenjustiz, Hoffnungen auf die Unterstützung durch die Regierung führen unbedingt zur Niederlage. Dieser Staat und seine Hintermänner verstehen nur eine Sprache: das ist die des Kampfes und der revolutionären Gewalt.

Norman Bethune in China

10. Folge. — Im Jahre 1937 wird Genosse Norman Bethune, ein bekannter kanadischer Arzt von der Kommunistischen Partei Kanadas nach China geschickt. Er teilte in den schweren Kriegsjahren während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression mit der Armee und dem Volk im Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh Freud und Leid. Er machte die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes zu seiner eigenen Sache. Durch seinen hohen internationalistischen Geist und seine selbstlose Arbeit erwarb er sich die Achtung und die Liebe nicht nur des chinesischen Volkes, sondern von Millionen Menschen auf der ganzen Welt. In dieser Folge: Inmitten der Kugeln des Feindes werden die Verwundeten operiert...

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM)



Genosse Bethune fragte ruhig: „Wieviel Verwundete sind noch nicht operiert?" „Noch zehn!" wurde geantwortet. Norman Bethune sagte: „Baut schnell zwei weitere Operationstische auf, damit wir schneller machen können!"



Die Operationen wurden gleichzeit auf den drei Operationstischen ausgeführt. Nach einigen Minuten meldete der Posten: „Die Feinde steigen den Berg herab!" Bethune setzte seine Arbeit fort, als hätte er nichts gehört.



Im Tal ertönten plötzlich Schüsse. Der Posten meldete: „Unsere Wachkompanie eröffnet das Feuer auf die Feinde." Der Dolmetscher riet: „Doktor Bethune, du mußt sofort hier weg!" Bethune erwiderte standhaft: „Ein Militärarzt muß bei den Kämpfern sein, und es ist ruhmreich, wenn er dabei sein Leben hingibt."



Bald darauf wurde der letzte Kämpfer, der am Bein verwundet war, auf den Operationstisch getragen. Die Schüsse waren immer näher zu hören. Der Posten kam wieder und meldete mit lauter Stimme: „Die Feinde sind schon in der Nähe des Dorfes!"



Ein Arzt ergriff Genosse Bethune am Arm und sagte: „Ich ersetze dich. Du mußt sofort hier fort!" Genosse Bethune schob die Hand des Arztes zur Seite und sagte zu dem Narkosefacharzt: „Lokale Betäubung!" Der Verwundete hob den Kopf und sagte bittend: „Doktor Bethune, meine Wunde ist nicht so schwer ... du mußt sofort weggehen!"



Genosse Bethune nahm rasch die Operation vor. „Ah!" sagte er leise. Alle wandten sich zu ihm und sahen den linken Mittelfinger Bethunes bluten. Aber er sagte: „Das macht nichts. Ich habe mir nur mit dem Messer in den Finger geschnitten." Er tauchte seinen verletzten Finger kurz in die Jodtinktur und setzte die Operation fort.



Das heftige Knattern der Schüsse kam immer näher. Den letzten Stich erledigt, atmete Genosse Bethune auf und sagte: „Bringt ihn weg!" Dann schwang er sich schnell aufs Pferd und ritt los.



Unterwegs sagten alle Genossen zu ihm, daß es gefährlich gewesen war. Aber Genosse Bethune erwiderte lächelnd: „Heute haben wir eine siegreiche Schlacht gewonnen. Die Kämpfer der Achten Route-Armee haben keine Angst vor Kugelregen und kämpfen trotz Verwundung weiter. Als ihr medizinischer Berater muß ich wie ein Kämpfer sein." (wird fortgesetzt)

Verteidigt die proletarische Kunst

Interview mit der Studiobühne Würzburg

Am 14. März 1973 wurde auf Veranlassung der Firma Koenig & Bauer in Würzburg die Aufführung des Theaterstückes „Der Geist von Oberzell — Szenen aus der Welt der Arbeit" von der „Studiobühne an der Universität Würzburg" verboten. Verboten, weil das Stück anhand eines konkreten Beispiels die kapitalistische Ausbeuterordnung enthüllt. Der Fall der „Studiobühne" zeigt, was es mit der sogenannten Freiheit der Kunst in unserem Staate auf sich hat. Diese sogenannte Freiheit hört genau da auf, wo Kunst für die ausgebeuteten und unterdrückten Massen Partei ergreift. Der ROTE MORGEN hatte Gelegenheit, das Kollektiv der Studiobühne zu interviewen.

RM: Es haben wahrscheinlich noch gar nicht so viele von der Studiobühne und diesem Fall gehört. Was ist die Studiobühne? Seit wann gibt es sie und was tut ihr? Wie und mit welchem Ziel seid ihr zusammengekommen?

Studiobühne: Da müssen wir natürlich etwas ausholen. Die Studiobühne gibt es eigentlich schon lange und seit Ende der 60er Jahre in der Form eines Vereins mit dem Zusatz „an der Universität Würzburg". Ende 1971 haben wir die Studiobühne wieder auf die Beine gestellt. Wir wollten mit theaterinteressierten jungen Leuten, mit Studenten, Lehrlingen, Berufstätigen überhaupt, ein politisch engagiertes Laientheater machen. Wir wollten dazu politisch aktuelle Themen aufgreifen, die wir auch in unserer näheren lokalen Umgebung vorfanden.

Wir hatten die Vorstellung, das Theater als politisch-ideologisches Instrument zu gebrauchen, um irgendwie den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen. Irgendwie — das drückt natürlich die damalige politische Verschwommenheit aus. Das zeigte sich auch bei unserem ersten gemeinsamen Stück „z. B. Wittmann — eine Sauerei mit Musik". Dort wollten wir klarmachen, woher die Verbrechen im Kapitalismus kommen bzw. daß sie unmittelbar mit ihm zusammenhängen. Aber es verrät doch allerhand kleinbürgerliche Illusionen, wenn da in der Materialiensammlung zu diesem Stück steht: „Das Stück will keine Lösung anbieten, sondern stellt einen Appell an die kritische Vernunft dar."

Damals wurde nicht begriffen, daß Kunst nicht klassenneutral ist und sein kann,und daß man, will man für die Arbeiterklasse kämpfen, einen revolutionären Standpunkt einnehmen muß. Es waren starke reformistische, idealistische und versöhnlerische Tendenzen in der Studiobühne vorhanden. So viel zu den Anfängen. — Bis zu diesem Zeitpunkt waren wir ein antikapitalistisches Theater, aber mehr nicht.

Mit der sich verschärfenden politischen und ökonomischen Lage in der BRD 1972/73 wurde uns immer klarer, daß wir deutlicher gegen dieses Ausbeutersystem Stellung beziehen mußten. Wir kamen nach Diskussionen überein, daß, um die Ausbeutung richtig und plastisch darzustellen, wir ein Betriebsstück schreiben mußten. Wir wollten aber den Kapitalismus und die Ausbeutung nicht allgemein und theoretisch darstellen, sondern das ganze konkret dingfest machen, und da bot sich die Fa. Koenig & Bauer, eine Schnellpressenfabrik bei Würzburg, an.

Wir kannten Genossen von der KPD/ML, die dort eine Betriebszeitung herausbrachten. Mit denen haben wir uns zusammengesetzt und das vorhandene Material studiert, mit Arbeitern gesprochen und incognito mit dem Betriebsratsvorsitzenden ein Interview geführt. Das Stück war dann schnell geschrieben.

Es war sicherlich noch kein revolutionäres Stück wie „Der Geist von Oberzell", aber es machte doch den menschenfeindlichen Charakter des Kapitalismus deutlich. Das Stück wurde dann verboten, bevor es überhaupt aufgeführt werden konnte, weil vorher davon was in der Presse angekündigt worden war.

Mit dem Kampf schieden sich dann auch die Geister in der Studiobühne. Die reformistischen Mitglieder kehrten schleunigst in ihre Studierstuben zurück. Bei Spielen waren sie dabei gewesen — beim Kampf kratzten sie die Kurve. Einige Leute wollten sich auch an diesen Kampf anhängen, so die D„K"P. Aber was eine revisionistische Leimrute ist, wußten wir inzwischen. Auch andere, die uns zuerst noch in den Prozessen finanziell unterstützt hatten, wie die MG, die damals den ASTA stellte, krochen, als es brenzlig wurde, in ihre Mauselöcher zurück. Als wir uns umschauten, waren da nur noch die Genossen von der KPD/ML, die uns tatkräftig und ideologisch in unserem Kampf unterstützten, und von denen wir den Eindruck gewannen, daß sie einen konsequenten revolutionären Standpunkt hatten und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten die Interessen der Arbeiterklasse vertreten.

Aber wir haben nicht nur den Kampf geführt, sondern wenige Monate später einen satirischen Bilderbogen „5 × Würzburg: Schwarz auf Schwarz" und als Folge „Schwarz-rosarote Geschichten" herausgebracht. Dort haben wir die doppelte Moral der herrschenden Klasse, die Verfilzung von Staatsapparat, Kirche, Gewerkschaften, Parteien mit dem Kapital anhand von Würzburger Beispielen aufgezeigt und zum Kampf aufgerufen. Das war ein großer Erfolg, wie die Zuschauerzahlen bewiesen. Die Herrschaften nahmen es zähneknirschend zur Kenntnis. Noch ein Verbot konnten sie sich nicht leisten. Sie waren in der Defensive.

Die ideologische Konsequenz aus diesen Kämpfen schlug sich dann in unserem Stück „Alle Macht den Räten" nieder, das sich mit den Revolutionstagen 1918/19 in Würzburg befaßte. Sicherlich ist da noch vieles schematisch, aber dieses Stück rechnet mit Reformismus und modernem Revisionismus ganz klar ab, vertritt einen marxistisch-leninistischen Standpunkt und propagiert die Revolution als den einzigen Ausweg für die Arbeiterklasse aus Unterdrückung und Ausbeuterei.

RM: Was hat die Bourgeoisie, was haben die verschiedenen staatlichen Stellen usw. konkret gegen die Studiobühne unternommen. Welche Unterdrückungsmaßnahmen gab und gibt es?

Studiobühne: Im Mai 1973 wurden uns zuerst auf Veranlassung der Koebau-Bosse die Räume des CVJM für weitere Aufführungen gesperrt. Dann kam per einstweiliger Verfügung das Aufführungsverbot und das Verbot der Verbreitung des Textes.

Im November 73 sperrte dann die Arbeiterwohlfahrt auf Druck der Würzburger Kapitalisten ihre Räume für uns. Im März 1974 wurde der Leiter der Studiobühne wegen Beleidigung und Verleumdung zu 1200 DM Geldstrafe, ersatzweise 60 Tage Haft verurteilt. Nachdem schon in der 1. Instanz vom Landgericht Würzburg und in der 2. Instanz vom Oberlandesgericht Bamberg das Verbot bestätigt worden war, wurde es durch Urteil des Bundesgerichtshofes vom 3. 6. 75 rechtskräftig.



Szenenphoto aus Brechts „Die Ausnahme und die Regel"

Gehen wir kurz auf die Urteilsbegründung ein:

„Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit des Art. 2 Grundgesetzes wird ebenfalls durch die Rücksichtnahme auf andere eingeschränkt. Dies ist notwendig, weil andernfalls dem Tor und Tür geöffnet wäre, was das Stück möglicherweise bezweckte, nämlich unangefochten den Aufruf zur Rebellion und zum Chaos verbreiten zu können, nur weil das Ganze in ein Theaterstück verkleidet wurde."

Die Rücksichtnahme von der hier gesprochen wird, meint natürlich den Unternehmer und seinen Profit, nicht den Arbeiter. Der hat kein Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Hätte er es, wehe den Kapitalisten.

Was die anderen Urteile betrifft, genügen einige Erklärungen. Das Landgericht z. B. meinte, das Stück sei an sich keine Kunst, denn zur Kunst gehöre die „Künstlerische Verfremdung" bzw. sei „der Umfang der Verfälschung" maßgebend. Kunst als Betrug also.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte, daß die angebliche Freiheit der Kunst „vorbehaltlos, aber nicht schrankenlos gewährleistet sei". Sie findet dort ihre Grenzen, „wo ein Unternehmer und seine Beschäftigten (!) in ihrer realen Existenz und Tätigkeit zum Objekt herabwürdigender Kritik gemacht werden. Der Künstler darf zwar...in seinem Werk Personen seiner Umwelt einbeziehen, doch habe er hierbei auf den Schutz der Persönlichkeit des Dargestellten Rücksicht zu nehmen."

Das alles zeigt, daß Kunst nicht klassenneutral ist. Die angebliche Klassenneutralität der bürgerlichen Kunst stellt sich immer wieder heraus als genau gesteuerte Propaganda unter den Massen. Der hauptsächlichste Zweck der bürgerlichen Kunst ist es, die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abzuhalten. Man muß sich klarmachen, daß „jede Kultur...die Widerspiegelung der Politik und Wirtschaft einer bestimmten Gesellschaft auf ideologischem Gebiet" ist, wie Mao Tsetung einmal gesagt hat. Kunst ist Waffe im Klassenkampf, und proletarische Kunst steht an der Seite der kämpfenden Arbeiterklasse.

RM: Zeigt nicht Euer Fall, daß das Gerede von dem sogenannten Kunstvorbehalt, daß die Kunst von der Strafverfolgung, wie jetzt beim 14. Strafrechtsänderungsgesetz, ausgenommen sei, nichts als Lüge und ein Täuschungsmanöver ist?

Studiobühne: Das ist vollkommen richtig. Denn wer wird denn bestimmen, was Kunst ist, und welche Kriterien für die Bestimmung von Kunst wichtig sind? Die Bourgeoisie und ihr Organ, die Klassenjustiz. Das hat doch unser Fall sehr deutlich gemacht. Unser Stück ist das einzige, das gegenwärtig in der BRD verboten ist. Das an uns ergangene Urteil wird sicherlich immer wieder angeführt werden, wenn es um revolutionäre Kunst geht. Stellt Euch einmal vor Genossen, wir machen ein Stück über die faschistischen Methoden der Polizei, oder über die imperialistische Bundeswehr. Da haben wir doch im Handumdrehen die „Persönlichkeit" der Polizei oder Bundeswehr „herabgewürdigt". Der verabschiedete § 88a zeigt doch darüber hinaus deutlich, daß, wie die Initiative der Verleger, Buchhändler und Schriftsteller gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz (die wir ja auch unterstützen), richtig feststellt, mit diesem Gesetz jede oppositionelle Regung im Keim erstickt werden soll, daß Wissenschaft und Kunst einer verschärften Zensur unterstellt werden sollen, daß die Propagierung revolutionärer Aktionen und Ideen mittels der Kunst ausgeschaltet werden soll, weil die Herrschaften eine Mordsangst haben, daß dadurch die Sicherheit ihres kapitalistischen Systems gefährdet werden könnte. Dieser Kunstvorbehalt wird dort null und nichtig und ist deshalb ein übler Trick, wenn es sich um proletarische Kunst handelt, „die in irgendeiner Form den Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt. Proletarische Kunst drückt das Empfinden der vorwärtsstrebenden Arbeiterklasse aus. In diesem Sinne bewegt sie sich vorwärts und gewinnt an Niveau: indem sie mit ihr fortschreitet und zwar in dem Sinne, wie der Sozialismus endlich an Boden gewinnt und endlich siegt." Und das geht nicht ohne Kampf ab. Und weil dieser Kampf nicht allein geführt werden kann, wo die Knebelung und Unterdrückung fortschrittlicher Menschen in der BRD angeht, wollen wir auch demnächst kollektiv der RHD beitreten.

RM: Ihr führt jetzt schon 3 Jahre den Kampf. Wie geht es weiter?

Studiobühne: Wir haben den bisherigen Kampf in vielen verschiedenen Formen geführt: Eine Solidaritätsdemonstration wurde veranstaltet, Unterschriften und Spendenaktionen sowie eine Solidaritätsveranstaltung wurde durchgeführt. In diesen Formen werden wir auch weiterhin kämpfen. Allerdings bewegt sich der Kampf jetzt auf einer anderen Stufe: Nachdem der Versuch, uns durch Verbote mundtot zu machen, fehlgeschlagen ist, versucht man jetzt, uns finanziell zu ruinieren. Da sind einmal die enormen Prozeßkosten aus den bisherigen Prozessen. Nun hat uns die Universität den Namenszusatz „an der Uni" aberkannt, worauf uns das Studentenwerk den bisher kostenlos zur Verfügung gestellten Proben-Raum kündigte. Wenn wir auch nicht viele Hoffnungen haben, vor dem Verwaltungsgericht gegen diese Maßnahmen „Recht" zu bekommen, so sind wir doch durch solche Maßnahmen nicht kleinzukriegen.

RM: Die Studiobühne läßt sich trotz aller Verfolgung nicht einschüchtern und verbieten, sie führt weiter Stücke auf, verfolgt ihre Aufgabe. Welche Stücke sind geplant, welche eingeübt?

Studiobühne: Einschüchterungsversuche und Verbote werden ihr Gegenteil bewirken: Wir werden weiterhin versuchen, besseres, konsequenteres revolutionäres Theater zu machen. Zur Zeit haben wir 2 Stücke eingeübt, die wir auch in Münster und Essen spielen werden: Brechts „Die Ausnahme und die Regel" und unsere Eigenproduktion „Bildnis eines Unternehmers als freier Affe". Das Lehrstück von Brecht zeigt die Unmenschlichkeit des Kapitalismus, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch das Kapital, und die Rolle der Klassenjustiz als Herrschaftsinstrument des Kapitals. In unserer Eigenproduktion wollen wir die bürgerliche Ideologie als Mittel der Ausbeutung und Unterdrückung entlarven. In der Planung haben wir ein Stück über die Krise (Premiere im Herbst), sowie ein größeres Programm an Veranstaltungen zum 5jährigen Bestehen der Studiobühne im November. Außerdem werden wir im Sommer sicher noch eine kleinere Produktion bringen.

RM: Wir bedanken uns für das Interview.



Die Studiobühne Würzburg plant im April 76 zwei Gastspiele in Essen und Münster. Die genauen Termine werden noch bekanntgegeben oder können im Dortmunder Parteibüro der KPD/ML erfragt werden.

2.Parteitag der KP/ML Argentiniens

Aufruf zum Kampf gegen Putschgefahr

Eine Junta der Generäle hat in Argentinien in einem Staatsstreich die Macht übernommen und die Regierung Peron gestürzt. Die Junta, hinter deren Putsch die amerikanischen Imperialisten stehen, errichtete sofort ein terroristisches, volksfeindliches Regime.

Soldaten der Armee besetzten die Gewerkschaftshäuser, alle politischen Parteien und die Gewerkschaften wurden verboten. Über das Land wurde der Belagerungszustand verhängt. Bekannte Führer der Arbeiterbewegung sind eingesperrt,und die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes der Armee unterstellt. Die letzten Reste der bürgerlichen Pressefreiheit wurden abgeschafft, Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen verboten.

Das terroristische, volksfeindliche Regime der dem US-Imperialismus hörigen Junta wird auf den entschiedenen Kampf der Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten Argentiniens — vormals „Vanguardia Comunista" — stoßen. Einige Wochen vor dem Putsch hielt sie ihren 2. Parteitag ab, auf dem sie die Volksmassen zu machtvollen Aktionen gegen alle Staatsstreichversuche aufgerufen hat. In einer von Radio Tirana gesendeten Zusammenfassung des Kommuniques des Parteitages heißt es:

„Der Parteitag fand unter den Bedingungen vollständiger Illegalität statt wegen der Repressionsmaßnahmen und der Welle von Morden, die die faschistischen und proamerikanischen Rechtskräfte und andere Abteilungen der Oligarchie gegen das argentinische Volk und seine Vorhutpartei unternahmen. Unabhängig von der schwierigen Situation diskutierte die gesamte Partei die Hauptthesen und wählte demokratisch die Delegierten. Der Parteitag diskutierte eingehend alle Vorschläge und faßte bedeutende Beschlüsse zu einer Reihe von Problemen, die mit der Verstärkung der revolutionären Tätigkeit der Partei zusammenhängen, um die nationale Unabhängigkeit im entschlossenen Kampf gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze, gegen den modernen Revisionismus mit dem sowjetischen an der Spitze sowie gegen die Reaktion ihrer inneren Kollaborateure zu verteidigen.

Der 2. Parteitag der KP/Marxisten-Leninisten Argentiniens rief das ganze Volk Argentiniens, die fortschrittlichen Kräfte, auf, zu machtvollen Aktionen überzugehen, um die Staatsstreichversuche und die Morde und den faschistischen Terror zu unterbinden, zu denen der US-Imperialismus und die anderen pro-oligarchischen Abteilungen greifen und um der von der Großbourgeoisie betriebenen Politik der Verschacherung der nationalen Reichtümer, des Hungers und der Repression entgegenzutreten.

Der Parteitag rief dazu auf, die Volkseinheit zu festigen und eine demokratische patriotische Front aufzubauen, um die Solidarität mit den Entwicklungsländern zu festigen im Kampf für die nationale und soziale Befreiung, gegen Imperialismus und Reaktion und um allen Interventionsversuchen der sowjetischen Sozialimperialisten den Weg abzuschneiden.

Der 2. Parteitag der KP/ML Argentiniens fand im Zeichen des Kampfes aller Völker der Welt und ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutabteilungen gegen Imperialismus und Reaktion und besonders gegen die Aggressionstätigkeit der beiden Supermächte statt und lenkte die Aufmerksamkeit der Völker gleichzeitig auf die wachsende Kriegsgefahr, die aus der Rivalität zwischen den beiden Supermächten erwächst.

Der Parteitag beschloß, den Namen „Vanguardia Comunista", unter dem sie seit ihrer Gründung bekannt war, zu ändern und den Namen **Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten Argentiniens** anzunehmen. Dabei bekundeten die Delegierten ihre Entschlossenheit, den Kampf gegen den Revisionismus, der den Namen Kommunistische Partei Argentininiens usurpiert hat, bis zuletzt zu führen.

Der Verlauf des 2. Parteitages der KP/ML Argentiniens war ein weiterer Schritt zur ideologischen, politischen und organisatorischen Einheit der Partei, er erhöhte noch mehr ihre Entschlossenheit, mit vervielfachten Kräften die Aufgabe, die sie sich selbst gestellt hat, zu erfüllen, um den Kampf für die nationale und soziale Befreiung des argentinischen Volkes, für den Triumph des Marxismus-Leninismus vorwärtszuführen."

Gerechter Kampf für 200-Meilen-Zone

In New York hat die 4. Runde der internationalen Seerechtskonferenz der UNO begonnen. Wie auf den bisherigen Tagungen auch, führen dort vor allem die Länder der 3. Welt sowie die VR China und die VR Albanien einen harten Kampf gegen den Imperialismus und vor allem gegen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion für eine neue völkerrechtliche Regelung des internationalen Seerechts.

Kernpunkte des gerechten Kampfes der Länder der 3. Welt und der VR China und der VR Albanien sind: **die Forderung nach Ausdehnung der territorialen Souveränität auf 200 Seemeilen vor der Küste** und die Errichtung einer Wirtschaftszone von ebenfalls 200 Seemeilen,**sowie die Verwirklichung der vollen Souveränität der Anliegerstaaten über die Meerengen**.

Dieser Kampf ist deshalb gerecht, weil er sich gegen die Vorherrschaft der imperialistischen Mächte auf den Weltmeeren richtet und besonders gegen die beiden Supermächte, die die Ozeane als Aufmarschgebiete für ihre Kriegsflotten gegen andere Nationen benutzen und die größten Plünderer der Fischreichtümer, der Rohstoffe und anderer Schätze der Meere sind. *„Wer die Meere kontrolliert, beherrscht die Welt"*, gemäß diesem Dogma der Imperialisten versuchen vor allem die beiden Supermächte die „Freiheit der Meere", die in Wirklichkeit nur die Freiheit der Imperialisten ist, die Meere zu beherrschen und auszuplündern, aufrechtzuerhalten.

Wir erleben gerade jetzt, daß der gerechte Kampf des isländischen Volkes für die Ausdehnung seiner Wirtschaftszone auf 200 Seemeilen, um die Fischfanggründe zu schützen, von denen die isländische Wirtschaft zu 90% abhängig ist, von den imperialistischen Mächten mit allen Mitteln unterdrückt wird. Die britischen Imperialisten schicken Kanonenboote und haben dabei die Rückendeckung der NATO, d. h., vor allem des amerikanischen Imperialismus, aber z. B. auch der westdeutschen Imperialisten, die selbst zu den größten Plünderern des isländischen Fischbestandes gehören. Die russischen Sozialimperialisten schließlich waren die ersten, die Island warnten, eine 200 Seemeilenzone einzurichten.

Das zeigt schon allein, daß sie keine Freunde der Völker sind. Damit nicht genug. Vor dem Beginn der 4. Runde der Seerechtskonferenz ließen die russischen Sozialimperialisten in der „Prawda" einen Hetzartikel erscheinen, in dem sie für eine 12-Seemeilen-Zone als äußerste Staatsgrenze und eine 200-Seemeilen-Wirtschaftszone eintreten, in denen „bestimmte" Länder, d. h., vor allem sie selbst, Sondernutzungsrechte genießen sollen.

In der Frage der Meerengen verlangen sie sogar die jederzeitige ungehinderte Durchfahrt aller Schiffe, einschließlich von Kriegsschiffen. **So zeigt sich der russische Sozialimperialismus als Feind der Völker, der die gerechten Forderungen der Länder der 3. Welt als „extremistisch" beschimpft.**

Die russischen Sozialimperialisten stehen hier in einer Front mit dem amerikanischen Imperialismus — dessen Ausrufung einer 200-Seemeilen-Wirtschaftszone nichts als imperialistische Großmachtpolitik ist, die sich zynisch den Mantel des Fortschritts umhängt — sie stehen in einer Front mit dem westdeutschen Imperialismus und anderen imperialistischen Mächten, die mit allen Mitteln versuchen, ihre Vorherrschaft in der Welt zu retten.

Veranstaltung in Oslo: „Kampf dem sowjetischen Sozialimperialismus!"

Am 19. und 20. März veranstaltete der Norwegische Studentenverband in Oslo ein großes Teach-in unter der Parole „Kampf dem sowjetischen Sozialimperialismus!"

Genosse Nils Holmberg, ein Veteran der kommunistischen Bewegung Schwedens, der unter anderem durch seine Bücher über die Konterrevolution in der Sowjetunion bekannt ist, eröffnete das Teach-in mit seinem Referat. 1400 Antiimperialisten, Freunde und Genossen füllten den großen Saal des Chateau Neuf. Er ging ausführlich ein auf die Entwicklung der Sowjetunion von einem sozialistischen Land unter der Führung des Genossen Stalin zu einer kapitalistischen und faschistischen Macht unter der Chruschtschow- und Breschnew-Clique.

Am Samstagmorgen sprach ein Genosse der marxistisch-leninistischen Gruppen Finnlands. Unter dem Titel „Finnlandisierung" analysierte er, wie die russischen Sozialimperialisten immer mehr ihre Hand nach Finnland ausstrecken, das wie kein anderes nordisches Land bereits unter dem Einfluß der neuen Kremlzaren steht.

Im Anschluß daran sprach ein Genosse der KPD/ML über die Entwicklung der DDR zu einer Neokolonie des russischen Sozialimperialismus. In diesem Zusammenhang wurde auch eingegangen auf die große Bedeutung, die die Gründung der Sektion der KPD/ML im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland besitzt.

Am Abend hielt ein Genosse der AKP/ML ein Referat, in dem er zeigte, welche Gefahr der russische Sozialimperialismus für Norwegen bedeutet. Er zeigte, daß die Monopolbourgeoisie nicht im geringsten daran denkt, Maßnahmen im Interesse des Volkes zu ergreifen, sondern daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen sich in ihrem Kampf gegen die beiden Supermächte auf die eigenen Kräfte stützen müssen.

Das Teach-in, das ein großartiger Erfolg für den Kampf gegen die beiden Supermächte war, war zugleich ein bedeutender Ausdruck der Einheit der Marxisten-Leninisten, die beharrlich daran festhalten, daß der Ausweg der Werktätigen gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte in der sozialistischen Revolution besteht,und — falls der imperialistische Krieg der Revolution zuvorkommt — im bewaffneten Volkskrieg, zur Niederringung der Imperialisten für die sozialistische Revolution.

Aus aller Welt

VR CHINA

Auf Einladung des Zentralkomitees der KP Chinas und der chinesischen Regierung ist am 15. März eine Partei- und Regierungsdelegation aus Laos unter Leitung von Kaysone Phomvihan, Generalsekretär der revolutionären Volkspartei Laos und Premierminister der Volksdemokratischen Republik Laos zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der VR China eingetroffen. Am 15. März empfing Genosse Tschu Teh, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, die Partei- und Regierungsdelegation aus Laos. Am gleichen Tag führten Genosse Hua Guo Feng, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas und amtierender Vorsitzender des Staatsrates der VR China und Genosse Yao Wen Yüan, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas, in Peking Gespräche mit Kaysone Phomvihan und den anderen Mitgliedern der laotischen Delegation.



Vorsitzender Mao Tsetung empfing die Mitglieder der laotischen Delegation am 17. März. Genosse Mao Tsetung begrüßte die laotischen Freunde herzlich und führte ein freundschaftliches Gespräch mit ihnen.

Am 18. März wurde feierlich ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der VR China und der VDR Laos unterzeichnet.

SÜDKOREA

Die südkoreanischen Werktätigen verstärken ihren Kampf gegen das faschistische Pak-Jung-Hi-Regime. Dieser Tage führten die Werktätigen in verschiedenen Gegenden des Landes eine Reihe von Protestkundgebungen durch, auf denen sie die Aufhebung der faschistischen Gesetze forderten. Sie forderten außerdem, daß die reaktionäre Polizei sofort mit den willkürlichen Verhaftungen, die schon Massencharakter angenommen haben, aufhört. Die Massen forderten weiter die sofortige Freilassung einer Reihe von politischen Gefangenen, die zu langen Kerkerstrafen verurteilt worden waren, weil sie ihren Haß auf die machthabende Clique bekundeten und sich aktiv am Klassenkampf beteiligten. Am 15. März beteiligten sich so Tausende von Menschen an einer Kundgebung in der Hauptstadt Seoul.

SPANIEN

Das reaktionäre Juan-Carlos-Regime versucht mit allen Mitteln, den Klassenkampf im Land niederzuhalten. Mit der Hilfe eines neuen Betrugsmanövers hoffte das Regime in der letzten Woche, unter den Massen die Idee zu verbreiten, daß es einen Prozeß der Demokratisierung gäbe. Dieses Betrugsmanöver bestand darin, eine Überprüfung des Strafgesetzes anzukündigen und das Verbot der politischen Parteien aufzuheben. Aber dieses Betrugsmanöver wird von dem Regime zu einer Zeit gestartet, wo der Klassenkampf in Spanien mit nie dagewesener Kraft aufgebrandet ist. Im Monat Februar beteiligten sich etwa eine halbe Million Arbeiter an Streiks und Demonstrationen und in den letzten drei Monaten stieg die Beteiligung der spanischen werktätigen Massen am Klassenkampf um 400%. Weder Betrugsmanöver, noch Terror, Gewalt und der Einsatz von Schußwaffen konnten diese Kämpfe, die das spanische faschistische Regime in seinen Grundfesten erschüttern, unterdrükken.

FRANKREICH

Zehntausende französische Schüler und Studenten stehen im Streikkampf. Sie fordern, daß sie ihre Schule ohne große Hindernisse fortsetzen können und nach dem Schulabschluß einen Arbeitsplatz bekommen. An den Streikkämpfen beteiligten sich in der vergangenen Woche mehr als 20000 Schüler und Studenten, die außerdem gegen das „Reformprogramm" der Regierung protestierten, das dazu dienen soll, die Zahl der Studenten drastisch zu verringern. Der Kampf hat sich inzwischen auf mehr als 20 Städte im ganzen Land ausgedehnt, darunter Paris, Lyon und Brest. In Paris demonstrierten 15000 Schüler und Studenten aus Paris, Marseille, Toulouse, Rennes und Amiens und hielten eine machtvolle Kundgebung ab. Sie trugen Transparente und Losungen mit, auf denen die breiten werktätigen Massen, die Lehrer usw. aufgerufen werden, sich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gegen Entlassungen und auch gegen das „Reformprogramm" zusammenzuschließen. In Lille und Nahtes führten ebenfalls 6000 Schüler und Studenten Kundgebungen und Protestdemonstrationen durch. Die Polizei ging mit großer Brutalität gegen die Schüler und Studenten vor, und es kam zu heftigen Zusammenstößen mit den Demonstranten.

IRLAND

Ganz Irland ertrinkt in der Welle der Gewalt- und Terrorkampagne, die von den englischen Besatzern und der inneren Reaktion in großem Maßstab in den nordirischen Provinzen verstärkt wurde. Laut Agenturmeldungen fanden am 18. März drei Jugendliche durch eine in einem Belfaster Club gelegte Bombe den Tod und Dutzende weitere wurden verletzt. Die von den englischen Besatzern aufgestachelten reaktionären Kräfte legten außerdem in einem Haus in der näheren Umgebung Belfasts eine starke Bombe. Bei der Explosion wurden alle Familienmitglieder verletzt. Trotz dieser wilden Terror- und Gewaltkampagne haben die nordirischen Patrioten und die Bevölkerung ihre mutigen Aktionen im ganzen besetzten Irland verstärkt und dem Feind beträchtliche Verluste an Menschen und Militärmaterial zugefügt.

ENGLAND

Nach einem langen Marsch trafen am 19. März einige hundert Arbeitslose aus der nördlichen Industriestadt Manchester in London ein, um gegen die Arbeitslosigkeit und die Erhöhung der Preise und der Lebenshaltungskosten überhaupt,sowie gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung zu protestieren. Um den Marsch der Arbeitslosen zu den Regierungsgebäuden zu verhindern, wurde Polizei eingesetzt, die zu ihren Mitteln der Gewalt griff und versuchte, den Protest der arbeitslosen Arbeiter niederzuhalten. Die Arbeiter antworteten jedoch entschlossen auf die Polizeigewalt. Die Arbeitslosen bewarfen die Polizisten mit Steinen, Ziegeln, Flaschen und anderen Gegenständen. Etwa 20 Polizisten und zahlreiche Demonstranten wurden verwundet. Die Polizei nahm ungefähr 40 Personen fest.

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NACÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

Portugal



Türkei

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Bonn finanziert die Vertreibung der Araber

Fortsetzung von Seite 1

Nach den amerikanischen Imperialisten haben die westdeutschen Imperrialisten seit eh und je zu den größten Stützen des Zionismus gehört. In jedem Jahr zahlt die Bundesregierung mindestens 140 Millionen DM an Tel Aviv. In jedem Jahr wird ein beträchtlicher Teil der Waffenlieferungen der US-Imperialisten an die Zionisten in DM finanziert. In Geheimabkommen, die zwischen Adenauer und Ben Gurion geschlossen worden sind, sind darüberhinaus weitere Waffen- und Rüstungslieferungen vereinbart worden. Die westdeutschen Imperialisten unterstützen auch hier ein reaktionäres rassistisches Regime, sie stehen auf der Seite der Feinde der Unterdrückten, des palästinensischen Volkes und der arabischen Volksmassen in den von den Zionisten besetzten Gebieten. Auch an ihren Händen klebt das Blut der ermordeten Männer, Frauen und Kinder in den palästinensischen Lagern im Libanon und der jetzt erschossenen Schüler und Studenten in Nablus, Jerusalem und in anderen Städten, wo sich die unterdrückten palästinensischen und arabischen Volksmassen zum Kampf für ihre Freiheit erhoben haben.

Gerade jetzt ist es deshalb besonders widerwärtig, daß der Chef des DGB, Vetter, in Haifa erklärt: *„Der Ausdruck Neutralität scheint mir besonders falsch zu sein. Wenn es sich um das Lebensrecht des jüdischen Staates handelt, kann es nur den festen Willen geben, diesem Land zu helfen, und an seiner friedlichen Entwicklung mitzuwirken."* Vetter hat, als Vertreter des DGB-Apparates allerdings ein besonderes Interesse am „Lebensrecht" des zionistischen Staates. Schließlich sind die Bank für Gemeinwirtschaft und die Neue Heimat in Israel groß im Geschäft. **Die Neue Heimat sogar ganz besonders: von den 140 Millionen DM, die die Bundesregierung jedes Jahr an Israel zahlt, wird rund die Hälfte für den Bau neuer Wohnsiedlungen in den besetzten arabischen Gebieten aufgewendet und natürlich baut die Neue Heimat da mit.**

Diese Siedlungen aber, die „Kibbuzim", sind auf den Trümmern der palästinensischen Dörfer gebaut, sie entstanden nach der gewaltsamen Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus ihrer Heimat und wurden mit Gewalt und Terror errichtet.

Mit seinem Gerede will Vetter nur die Arbeiterklasse in unserem Land für die aggressive, gegen die arabischen Völker und besonders das palästinensische Volk gerichtete Politik gewinnen.



Zionistische Soldaten greifen eine Demonstration an.

Die Arbeiterklasse und unser ganzes Volk muß dagegen entschieden den gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes für seine Befreiung, für die Zerschlagung des zionistischen Staates und für ein demokratisches, antiimperialistisches Palästina, in dem Juden, Mohammedaner und andere Seite an Seite in Eintracht leben können, unterstützen.

Der westdeutsche Imperialismus ist ein gefährlicher Feind des palästinensischen Volkes, aber seine Hauptfeinde sind die beiden Supermächte, der amerikanische Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, die im Nahen Osten miteinander rivalisieren. Beide sind wütende Feinde des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker. Die USA-Imperialisten beschlossen erst unlängst wieder, Israel eine Militärhilfe von 2,2 Mrd. Dollar zu geben, während die russischen Sozialimperialisten nicht nur grundsätzlich das „Lebensrecht des Staates Israel" anerkannt haben, sondern ihm auch noch die Menschen liefern, die die den arabischen Völkern geraubten Gebiete besiedeln sollen. Wirklich „wahre Freunde" des palästinensischen Volkes!

Aber dies hat, ebensowenig wie die politischen Komplotte, wie Gewalt und Terror, wie die Morde und die 2025 Verhaftungen in drei Wochen den Aufschwung des Kampfes der arabischen Volksmassen, besonders in den Städten auf dem westlichen Ufer des Jordan, nicht verhindern können. Gleichzeitig haben die palästinensischen Patrioten das Gewehr nicht aus der Hand gelegt. Unter der Führung der PLO steigern sie ihre bewaffneten Aktionen von Tag zu Tag. **Die erfolgreiche Verbindung der bewaffneten Aktionen der palästinensischen Patrioten mit den Protestdemonstrationen, den Barrikaden, dem allgemeinen Kampf der Bevölkerung in den besetzten Gebieten schaffen für die Zionisten eine unerträgliche und ungünstige Situation, hält sie in Spannung und läßt sie keinen Augenblick zur Ruhe kommen.** Dieser Kampf festigt die Einheit des palästinensischen Volkes und sein Vertrauen auf den sicheren Sieg, indem es sich hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte stützt. Dieser Kampf ist das einzige Mittel, um die Komplotte der Supermächte und des westdeutschen Imperialismus, der israelischen Zionisten und der arabischen Reaktion durchkreuzen zu können. Angesichts des Aufschwungs der Massenkämpfe erklärte deshalb Yassir Arafat, der Vorsitzende der PLO, vor kurzem: **„Daher halten wir die Waffen fest, um die gegen uns ausgeheckten Komplotte zu durchkreuzen."**

Es lebe der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes!

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
VORSTAND DER KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321004547
Stichwort: KAMBODSCHA

Chronologie der Kämpfe, nach den Sendungen von Radio Tirana zusammengestellt

1. 3.: Einige tausend arabische Schüler und Studenten demonstrieren in Jerusalem gegen die Hebräisierung und die Unterdrückergesetze. Sie ziehen durch die Straßen und rufen antizionistische Losungen. Seit Tagen werden bereits die Schulen boykottiert. Die Arbeiter haben sich mit den Studenten solidarisiert. Die Zionisten schicken militärische Verstärkungen. Es gibt heftige Kämpfe zwischen der Polizei und den Demonstranten.

4. 3.: Die Bilanz des bewaffneten Kampfes im Februar wird veröffentlicht: Die Partisanen unternahmen Dutzende von Aktionen tief in den von israelischen Zionisten besetzten Gebieten. 80 israelische Soldaten wurden getötet, der Sachschaden für die Zionisten geht in die Millionen israelische Sterling. Neben Hinterhalten und Angriffen auf israelische Streifen jagten die Partisanen auch das Gebäude des israelischen Geheimdienstes in Jerusalem in die Luft.

5. 3.: Eine Partisaneneinheit sprengt in Jerusalem vor der Nase des Feindes ein Fahrzeug des israelischen Geheimdienstes in die Luft.

6. 3.: Ein Partisanenverband schlägt sich bis in die Nähe der Jerusalemer Polizeibüros durch und sprengt ein Auto in die Luft. Dabei werden mehrere israelische Soldaten getötet. In Hebron gerät eine israelische Streife in einen Hinterhalt der Partisanen.

7. 3.: Die Partisanen greifen eine israelische Patrouille an und verwunden mehrere feindliche Soldaten. In Nablus führen Schüler, Studenten und Arbeiter eine machtvolle Demonstration durch. Sie werden von bis an die Zähne bewaffneter Polizei angegriffen. Barrikaden werden gebaut.

8. 3.: Die Partisanen führen eine Aktion auf den Golanhöhen durch und fügen den israelischen Besatzern große Verluste zu. In den letzten Tagen, heißt es in einer Mitteilung der Partisanen, wurden insgesamt 18 Aktionen gegen den Feind unternommen, darunter solche in Tel Aviv, Jaffa, Jerusalem und im Gazastreifen. In Nablus, Ramallah und anderen Städten gehen die Massenkämpfe weiter.

9. 3.: In Nablus führen die Schüler, Studenten und Arbeiter erneut eine machtvolle Demonstration durch. Die Polizei geht mit Gewalt gegen sie vor. Die Demonstranten wehren sich mit einem Steinhagel. Demonstrationen finden auch in Jerusalem, Ramallah und praktisch allen Städten des westlichen Jordanufers statt. Im Norden Tel Aviv legen Partisanen eine starke Bombe in ein Militärauto. Mehrere israelische Soldaten werden getötet bzw. verwundet.

11. 3.: Hunderte von Jugendlichen demonstrieren in Jerusalem gegen die zionistische Besatzung. Die Polizei setzt Gummiknüppel und Tränengasbomben ein.

12. 3.: Die Partisanen führen erneut mehrere Aktionen durch. Sie sprengen u. a. die Haupttelefonleitung zwischen Jerusalem und Tel Aviv in die Luft und legen Sprengstoff in einer Jerusalemer Militärgarage. Es werden viele israelische Soldaten getötet und verwundet und der Sachschaden der israelischen Zionisten ist erheblich.

13. 3.: In Nablus findet erneut eine große Demonstration durch die Straßen der Stadt statt. Die Polizei greift zu den Waffen und ermordet drei der Demonstranten, darunter zwei Frauen. Bei den Kämpfen werden aber auch israelische Soldaten getötet und erhalten so ihre gerechte Strafe. Allein in Nablus sind damit in den letzten drei Tagen fünf Araber von den israelischen Zionisten getötet worden. Über 300 wurden verwundet.

15. 3.: In Nablus finden seit zehn Tagen ununterbrochene Demonstrationen statt, an denen sich Tausende von Jugendlichen beteiligen. Ähnlich ist die Lage in Ramallah, El Bira und den anderen Städten auf dem westlichen Ufer des Jordan. Auch die Verhängung des Ausnahmezustandes kann die Entwicklung der Massenkämpfe nicht behindern.

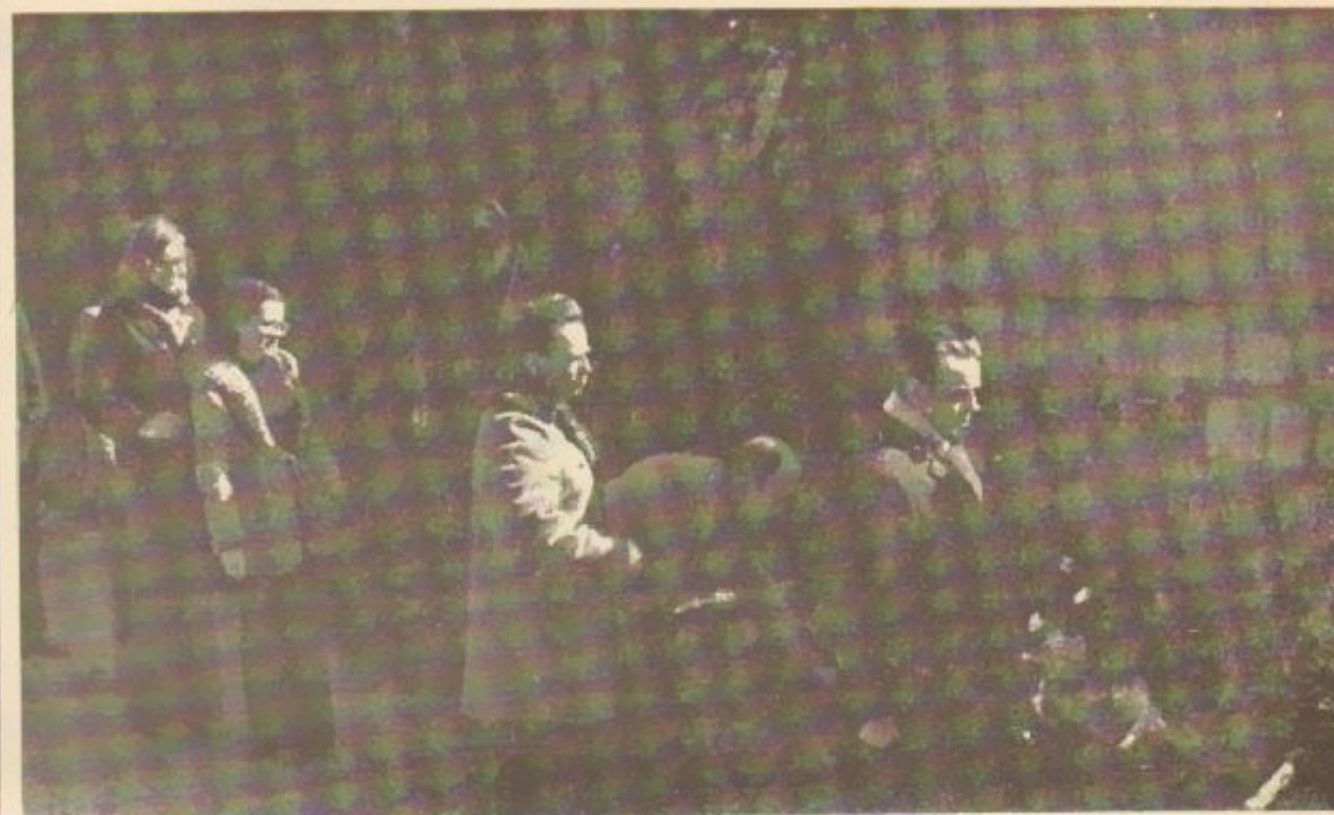
18. 3.: In Jerusalem, Hebron und anderen Städten werden Barrikaden errichtet. Die Straße zwischen Jerusalem und Jericho wird blockiert, Militärfahrzeuge kommen vorübergehend nicht mehr durch. Die israelischen Soldaten versuchen, sich den Weg freizuschießen.

19. 3.: Die Partisanen sprengen drei Rüstungsfabriken in die Luft und verminen die nach Tulkarm führende Straße. Mehrere Militärfahrzeuge fliegen in die Luft und etliche zionistische Soldaten werden getötet. In den Städten gehen die Demonstrationen weiter. So demonstrieren in Jerusalem erneut Hunderte von Schülern. Sie werden von der Polizei mit Schußwaffen angegriffen.

20. 3.: Die Partisanen legen einen Hinterhalt in Hebron. Eine israelische Streife muß nach großen Verlusten umkehren, ohne ihren Auftrag erfüllt zu haben. Ein Hotel in Jerusalem, das von israelischen Offizieren belegt ist, wird in die Luft gesprengt.

23. 3.: In fast allen Städten auf dem westlichen Jordanufer gehen die Demonstrationen und bewaffneten Aktionen, die Zusammenstöße der Massen mit der Polizei weiter.

105. Jahrestag der Kommune



Anläßlich des 105. Jahrestages der Pariser Kommune, der ersten Diktatur des Proletariats in der Geschichte, die von den französischen und deutschen Imperialisten blutig niedergeschlagen wurde, demonstrierten in Paris am 21. März etwa 3000 Menschen. An der Spitze des Zuges, zu dem die französischen Kommunisten/Marxisten-Leninisten aufgerufen hatten, marschierte auch Genosse Ernst Aust, Vorsitzender unserer Partei. Der Zug bewegte sich zum Friedhof, auf dem die Ermordeten der Kommune begraben liegen. Hunderte defilierten schweigend an der Hinrichtungsmauer vorbei, vor der die besten Kämpfer des französischen Proletariats damals ermordet wurden, die Faust erhoben, und gelobten, das Erbe der Kommune fortzusetzen, bis zum endgültigen Sieg der Diktatur des Proletariats. Unser Bild zeigt Genossen Jacques Jurquet (rechts) und Genossen Ernst Aust (3. von rechts), die Blumen vor dieser Mauer niederlegen.

Lateinamerika
Kämpfe der Jugend

Die Zeitung des albanischen Jugendverbandes, „Zeri i Rinise", wies kürzlich in einem Artikel auf die ständig wachsenden Kämpfe der arbeitenden und studentischen Jugend in Lateinamerika hin. Diese revolutionären Kämpfe sind nicht nur ein schwerer Schlag für die lateinamerikanischen faschistischen Regime und den USA-Imperialismus, sondern auch für die modernen Revisionisten, die überall in Lateinamerika das Feuer der Revolution löschen wollen.

Eine machtvolle Welle von Studentendemonstrationen begann kürzlich in Bolivien, wo das reaktionäre Banzer-Regime Studenten willkürlich verhaftet hatte. Als Kissinger vor wenigen Wochen seine Lateinamerikareise durchführte, protestierten in fast allen großen Städten Lateinamerikas Jugendliche in machtvollen Demonstrationen gegen die Herrschaft des US-Imperialismus. In Panama kam es Anfang des Jahres in vielen Städten zu Demonstrationen gegen die US-Besatzer in der Kanalzone, an denen sich Tausende Jugendliche beteiligten. In Porto Rico kämpften mehr als 5000 junge Arbeiter, Studenten und Schüler gegen Polizei und Nationalgarde. Die Ermordung des hervorragenden Sohnes des kolumbianischen Volkes, des ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, Petro Leon Arboleda, löste in vielen Städten Kolumbiens, in Bogota, Cali, Medellin, eine breite Protestwelle unter der Jugend aus. In Argentinien antworteten Tausende Menschen mit großen Demonstrationen auf die Ermordung eines Studentenführers durch die Reaktion. In Ekuador streikten die Studenten in den Städten Esmeralda, Quito und Guayakil gegen Polizeieinsätze an den Universitäten. Zusammen mit der Arbeiterjugend demonstrierten sie gegen die Ausplünderung des Landes durch den US-Imperialismus. Auch in Brasilien, Nicaragua und Paraguay hat der Kampf der Jugend in den letzten Monaten zugenommen.

Die Arbeiterjugend, die Studenten und Schüler Lateinamerikas kämpfen gegen die wilde Ausbeutung und Unterdrückung durch die einheimischen Oligarchien und den USA-Imperialismus. Immer enger schließen sich die Jugendlichen unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien mit der Arbeiterklasse und den armen Bauern zusammen. Ihre Kämpfe richten sich auch gegen den modernen Revisionismus, der in den lateinamerikanischen Ländern auftritt als Stütze der faschistischen Regime und der fremden Ausbeuter, um den revolutionären Kampf der Jugend und der gesamten Arbeiterklasse zu unterdrücken

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Korrespondenz

Revolutionäre V-Leute in der Bundeswehr

Korrespondenz. In der 3. Kompanie 72 in der Röttger-Kaserne Hamburg-Fischbek hat es in letzter Zeit eine Reihe von Kämpfen gegeben. Es handelt sich hier um eine Panzergrenadiereinheit. Die Soldaten müssen hier unter besonders harten Bedingungen ihren Dienst verrichten, d. h., viele Übungen, viel im Gelände rödeln bei jedem Wetter, brutales Vorgehen der Uffze und Offze, schlechte Versorgung, viele Disziplinarstrafen und auch Zivilstrafen für die Mannschaften usw. Ein Beispiel:

Bekanntlich gibt es ja jetzt die großangekündigte neue Kantinenregelung. Doch die billigeren Waren gibt es in Wirklichkeit nicht. Die Bw versucht, den Soldaten mit allerlei Tricks etwas vorzumachen. So gründete man in jedem Standort auch einen „Heimbewirtschaftungsausschuß", in dem die Vertrauensmänner der Mannschaften mit dem Kantinenpächter und dem Kasernenkommandanten zusammenarbeiten bzw. mitbestimmen sollen.

Die Mannschaften der 3. Kp. stimmten nun in einer Mannschaftsversammlung darüber ab, den HBA zu boykottieren, was die einzig richtige Antwort auf diesen Mitbestimmungsbetrug ist. Kurz vor der ersten Sitzung kam die Kp.-Führung und drohte dem Vertrauensmann, ihn augenblicklich in Arrest zu bringen, wenn er nicht sofort dort erscheinen würde. Dies sei nun ein Befehl. Der Vertrauensmann ging hin und gab vor den übrigen Vertrauensmännern eine Erklärung ab, in der er jede Mitarbeit im HBA ablehnte. — Inzwischen wird in der Kaserne der Kantinenboykott organisiert.

Hier kann man die „Demokratie" dieses Rechtsstaates genau sehen: Dort, wo die Soldaten sich weigern, mit ihren Ausbeutern zusammenzuarbeiten, wo sie mehrheitlich ihren Vertrauensmann beauftragen, beim HBA nicht mitzuarbeiten — dort läßt der Staatsapparat seine Maske fallen. Viele Kameraden haben noch bestehende Illusionen durch diese Reaktion verloren und gesehen, daß die Mitarbeit in diesem reaktionären Gremium nichts bringt.

Roter Marder

HAMBURGER SOLDATENZEITUNG
der ROTEN GARDE Jugendorganisation der KPD/ML

Es hat eine Reihe ähnlicher Kämpfe gegeben, an denen die ROTE GARDE führend beteiligt war. Natürlich ist der Vertrauensmann der 3./72 der Bw ein Dorn im Auge, weil er sich konsequent auf die Seite der Mannschaften stellt. Bisher vergeblich versuchte die Kp.-Führung die drei revolutionären Vertrauensmänner abzusetzen. Wie sie dabei vorgeht, zeigen die Ereignisse vom 16. und 17. Februar dieses Jahres:

Da der Kp.-Chef Hauptmann Albrecht sich mit dem MG selber die Hand zerschossen hat, wurde nun ein Lt. Baldus Kp.-Chef, einer der übelsten Karrieristen, die man beim Bund kennenlernt. Dieser Leutnant befragte nun den Vertrauensmann zu Disziplinarangelegenheiten, zu denen der Vertrauensmann ja gehört werden muß. Er schilderte die einzelnen Fälle derartig einseitig, daß man glauben konnte, es handele sich um vorsätzliche Kriminelle, denen man das Handwerk legen müsse.

Als der Vertrauensmann nun verlangte, die Aussage eines betroffenen Soldaten selber lesen zu können, was bisher auch unter dem alten Kp.-Chef üblich gewesen war, da verweigerte Lt. Baldus dies. Der Vertrauensmann sagte unter diesen Umständen nicht aus. Baldus schrieb eine Meldung und bezeichnete das Verhalten des Vertrauensmannes als „Nötigung". Er wollte ihn am 17. selber dazu verhören. Als dem Lt. dann die Aussage des Vertrauensmannes nicht paßte, ließ er sie einfach nicht in das Aussageprotokoll des Vertrauensmannes aufnehmen. Er befahl dem Vertrauensmann, eine Frage von ihm zu beantworten: Ob er, Lt. Baldus, den Vertrauensmann über den und den Fall informiert habe. Er befahl dem Vertrauensmann, diese Frage mit „Ja" oder „Nein" zu beantworten!!! Natürlich konnte der Vertrauensmann nicht mit Ja oder Nein antworten. Er sagte als Antwort zur Aufnahme ins Protokoll: Die Aussagen von Baldus waren unzureichend und einseitig — und weigerte sich, mit Ja oder Nein zu antworten. Als er trotz Drohungen dabei blieb, wurde er wegen „Befehlsverweigerung" und „schwerer Disziplingefährdung" festgenommen.

Für viele Soldaten war das unfaßbar, sie meinten zunächst, der Lt. sei ausgeflippt und durchgedreht. Es handelt sich hier aber nicht um einen Ausrutscher, sondern um ein Glied in einer Kette derartiger Vorfälle — das haben viele inzwischen erkannt. Der Kampf gegen diese Angriffe auf die Vertretung der Mannschaften wird dadurch verstärkt werden, Leute wie der Lt. Baldus werden auch heute schon zu spüren bekommen, daß sie so etwas nicht ungestraft tun.

Besatzertruppen misshandeln Schüler

Daß die ausländischen Besatzertruppen durchaus nicht als „Freunde und Schutz der Bevölkerung" auf deutschem Boden stehen, das hat der 16jährige Schüler Hans-Wilhelm Traulsen aus Christiansruh am eigenen Leib erfahren. Wie erst jetzt durch die bürgerliche Presse bekannt wurde, haben britische Soldaten den Jungen während eines Manövers im letzten Herbst „gefangengenommen" und grausam mißhandelt.

Der Junge streift am 29. September 1975 in der Gegend seines Elternhauses durch den Wald. Britische Soldaten, die hier ein Manöver durchführen, nehmen ihn in „Kriegsgefangenschaft". Er muß sich ausziehen, wird gefesselt und stundenlang mit verbundenen Augen durch die umliegenden Dörfer gefahren. Die Besatzersoldaten machen sich einen Jux daraus, mit Fäusten und Gewehrkolben auf ihn einzuschlagen. Barfuß hetzen sie ihn über eine Schotterstraße, bis er zusammenbricht. Später diagnostiziert ein Arzt: *„Blauverfärbungen am Bauch, ringförmige livide Verfärbungen und Hautabschürfungen — mit Sicherheit Stoß- und Strangulationsfolgen."* Erst Stunden später wird der 16jährige von seiner Mutter entdeckt und von seinen Peinigern freigelassen. Er leidet noch lange unter dem Schock.

Die Folterer werden nicht einmal bestraft. Als Hans-Wilhelm Traulsen Anzeige erstattet, erklärt das Justizministerium, es sei nicht zuständig; denn die ausländischen Besatzertruppen haben ihre eigene Gerichtsbarkeit, unterstehen nicht deutschen Gerichten. Und die britische Anklagebehörde entscheidet Anfang März: „Die Soldaten werden nicht vor ein Gericht gestellt."

Das ist nicht das einzige Verbrechen, das ausländische Soldaten während eines Manövers an Deutschen begangen haben. Erst vor kurzem berichtete der ROTE MORGEN mehrmals darüber, wie Besatzersoldaten Menschen angefahren haben mit Militärfahrzeugen, ja sogar mit Panzern, wie sie Äcker verwüsteten und Straßen aufrissen. **Sind denn die britischen, französischen, amerikanischen Soldaten in Westdeutschland alle Verbrecher? Gewiß nicht. Aber systematisch werden sie von den Imperialisten, die unser Land besetzt halten, dazu erzogen, sich als die „Befreier", die „Beschützer", die Herren zu fühlen, und bei vielen fällt diese Hetze auf fruchtbaren Boden. Sie sind eben keine willkommenen Gäste, sondern als Besatzer Feinde unseres Volkes, und sie verhalten sich auch gegenüber der Bevölkerung danach.**

Deutsche Truppen - raus aus Norwegen

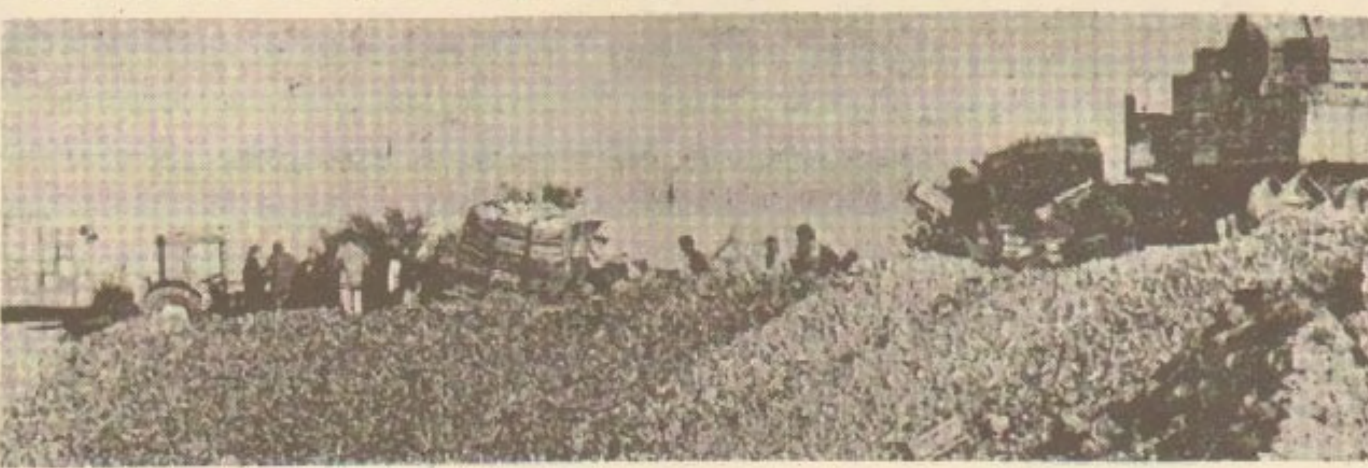


Norwegen ist von besonderer strategischer Bedeutung im Ringen der Supermächte um die Vorherrschaft in Europa. Mehrmals schon übten NATO-Truppen in Manövern unter dem Oberkommando der US-Imperialisten die Besetzung Norwegens vom Meer her. Auch die Sabotage-, Aggressions- und Spionageakte der Sozialimperialisten nahmen in der letzten Zeit immer mehr zu. Sie haben in der Behringsee große Kontingente an Kriegsschiffen stationiert für einen Überfall auf Nordeuropa. Erst kürzlich führten die NATO-Truppen mit dem Nanöver „NATO-Feuerwehr" eine solche Kriegsübung durch. Eine besondere Provokation dabei war, daß in Zusammenhang damit auch deutsche Truppeneinheiten nach Norwegen geflogen wurden. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg, als die deutschen Imperialisten Norwegen besetzten und großes Elend über das Volk brachten, standen damit wieder deutsche Soldaten im Land. Das norwegische Volk ließ sich diese Provokation nicht gefallen. Es setzte sich gegen die verhaßten Truppen des westdeutschen Imperialismus, der nichts anderes ist als der Nachfolger des deutschen Imperialismus unter Hitler, zur Wehr. Die Bundesregierung wurde gezwungen, ihr Kontingent auf 180 Sanitäter der Bundeswehr zu reduzieren. Die Absicht des westdeutschen Imperialismus ist klar: Durch die Teilnahme von Sanitätereinheiten sollte der Eindruck erweckt werden, als habe sich der imperialistische Charakter der deutschen Armee gewandelt, als diene sie ausschließlich „humanitären" Zwecken. Daß das norwegische Volk sich nicht durch solche Manöver täuschen läßt, hat es im wochenlangen Kampf gegen die deutschen Truppen auf seinem Boden bewiesen.

Gute Ernte - schlecht für die Verbraucher

Dieses Jahr brachte eine Rekordernte bei Äpfeln. Ein Grund zur Freude ist das allerdings nicht. Im Gegenteil, Äpfel werden immer mehr zum Luxusartikel.

Aber man bezahlt nicht nur horrende Preise für die Äpfel, die man ißt. Man bezahlt auch für die Äpfel, die man nicht ißt, und zwar 25 bis 35 Pfennig pro Kilo. 600 Millionen Kilo Äpfel sollen nämlich dieses Jahr vernichtet werden. Kostenpunkt für die EG-Steuerzahler: 150-200 Mio. DM. Warum dieser scheinbare Widersinn? Die „Westfälischen Nachrichten" vom 16. 3. 76 schreiben kurz und bündig: „...um die Preise trotz einer Rekordernte auf einem zu hohen Stand zu halten."



Tonnenweise verfaulen Äpfel auf Müllkippen.

Was kann deutlicher zeigen, daß im Kapitalismus nicht deshalb für die Werktätigen Mangel herrscht, weil es zu wenig Lebensmittel und zu viel Menschen gibt! Mangel herrscht allein deshalb, weil nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen produziert wird, sondern allein für den Profit der Monopole.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schubert
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—393. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18. Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

SAARBRÜCKEN

Gemeinsame Veranstaltung der KPD/ML, GRF (KPD) und KBW, 9. 4. um 19 Uhr in Saarbrücken Malstatt, Gasthaus — Leipziger Platz.

ALBANISCHE FILMTAGE IN WESTDEUTSCHLAND

DORTMUND

Kommunales Kino Stadtmitte, Fritz-Henßler-Haus, Geschwister-Scholl-Straße 33-37. Gezeigt wird der albanische Film „Weiße Straße" am Mittwoch, den 7. 4. um 19.30.